



Uebersicht der Nachrichten.

Die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Schreiben aus Berlin (das galvanoplastische Institut), der Mark (das Finanz-Ministerium), Hinterpommern, Königsberg, Danzig (Hr. v. Strachowski), Münster, Köln und Bonn. Die diesjährige Ernte u. die Staats-hülfe. — Aus Leipzig, Stuttgart, Kiel, (die holsteinische Ständerversammlung), Oldenburg, Flensburg u. dem südlichen Holstein. — Aus Wien. — Aus Rußland. — Aus Paris. — Aus London. — Aus Rom (Pius IX.). — Aus Konstantinopel. — Letzte Nachrichten.

** Die schleswig-holsteinische Angelegenheit.

Als wir vor drei Jahren das Fest der tausendjährigen Einheit Deutschlands feierten, meinten wir in Rückblick auf die Geschichte unseres Vaterlandes, daß dieses Fest eher ein Buß- als ein Freudenfest sein könne, ein Bußfest für die Sünden unserer Väter. Allerdings waren es tausend Jahre, daß die deutschen Stämme in einen einzigen Staatenkörper vereinigt worden waren, aber in diesen tausend Jahren haben sie mehr gegen einander gekämpft als mit einander verbunden gegen das Ausland, so daß sie zuletzt müde und schwach wurden und es zuließen, daß fremde Völker, wie die Franzosen und Schweden, zuletzt die Russen über das Schicksal Deutschlands entschieden. Deutschland verlor im 17ten und 18ten Jahrhundert durch seine Fürsten das, was einem Volke erst die Existenz gewährt, es verlor die Achtung des Auslandes; innerer Streit und Kleinliche Eifersucht der Fürsten, Mangel jedes Gefühls für Nationalität im Volke — das waren die Ursachen, welche Frankreich, Schweden und Rußland die Thore Deutschlands öffneten. Die Zeit wurde eine andere; der Kampf gegen Napoleon vereinigte die deutschen Völkerstämme, so daß sie das drückende Joch abwarfen und die Achtung sich wieder gewannen; ein Angriff vom Auslande von irgend welcher Seite schien unmöglich; als das Ministerium Thiers sehnlichst seine Blicke auf das linke Rheinufer warf, rüstete sich Deutschland zur Abwehr.

Und was geschieht jetzt? Haben wir wiederum die Achtung des Auslandes so sehr verloren, daß es ein Staat wie Dänemark mitten im Frieden, mitten in unsern Bestrebungen für Erhaltung unserer Einheit und Nationalität wagen darf, einen Angriff auf die Selbstständigkeit und Integrität unseres Gebietes zu machen? Ein Staat wie Dänemark, der sich seiner Größe nach kaum mit einem Mittelstaate Deutschlands messen kann, ja der eigentlich erst durch die deutschen Provinzen, um welche es sich handelt, den Namen eines Staates verdient, der ohne diese Provinzen Nichts ist, als ein Anhängsel von Deutschland? Das ist das Schmerzlichste bei dieser schleswig-holsteinischen Angelegenheit: nicht die Sache an und für sich, sondern der Hohn, welcher durch dieses Wagniß Dänemarks von Neuem auf Deutschland geworfen wird. Ginge der Angriff von Frankreich, England oder Rußland aus, so könnte man sagen: diese Staaten pochen auf ihre Stärke und Einheit; es sind ebenbürtige Kämpfer für ein Volk von 40 Millionen; aber Dänemark mit seinen anderthalb Millionen Einwohnern! — Liegt nicht schon darin eine Schmach, daß wir uns gegen die Angriffe eines solchen Staates verwahren müssen?

Und doch hat Deutschland gerade in dieser Angelegenheit sich nichts vorzuwerfen; stets wachsam gegen die Uebergreife des Dänenthums hat es keine Gelegenheit vorbegehen lassen, seine Sympathien für Schleswig-Holstein zu erklären. Als der Abgeordnete, Algreus, in der Roeskilde Ständerversammlung (15. October 1844) seinen bekannten Antrag stellte, den König zu bitten: daß die dänische Monarchie, das eigentliche Dänemark mit den Herzogthümern Schleswig, Holstein und Lauenburg ein einziges ungetheiltes Reich ausmache, welches nach den Bestimmungen des Königsgegesetzes ungetheilt vererbe, erhob sich so wie heute nach dem Erlaß des „offenen Briefes“ die gesammte deutsche Presse, und die Ständerversammlungen sprachen die Hoffnung aus, daß der deutsche Bund sich der

Sache der Herzogthümer annehmen möge. Jener Antrag war dänischer Seits ein Sondiren der öffentlichen Meinung; die Regierung ließ ihn fallen, als sie die allgemeine Opposition bemerkte. Der „offene Brief“ aber hat ihn wieder aufgenommen und ohne Weiteres zum Gesetz erhoben. Dänemark muß mithin Hülfs-mittel gefunden haben, um die neue jeden Falls stärkere Opposition zu unterdrücken; und die neuesten Maßnahmen der Regierung beweisen, daß sie energisch auf ihr Ziel losgeht. Das Verbot der Volksversammlungen, der Petitionen, die Unterdrückung jeder Meinungsäußerung durch die in den Herzogthümern bestehende Censur, die maßlosen Angriffe der dänischen Blätter, welche Pressfreiheit genießen — müssen auch dem Blindesten die Augen öffnen. Dänemark hat einen Rückhalt an Rußland und ohne Zweifel auch an Frankreich,*) ja die Annäherung dieser beiden Staaten, der einzigen, welche sich auf Kosten Deutschlands vergrößern können, steht jeden Falls in Verbindung mit der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Der bekannte Publicist E. Steinacker sagt darüber in einem größeren Aufsatze (Nr. 218 der Köln. Ztg.): „Rußland erreicht bei dieser Annäherung an Frankreich durch Dänemark selbst noch zwei unschätzbare Vortheile: zuerst die Herrschaft über den Sund, nach welchem es nicht weniger begehrt blickt, als nach den Dardanellen, und dann durch die in dem offenen Briefe ihm gesicherten oder vielmehr neu gewährten Erbansprüche, die demnächstige Herrschaft nicht nur in Schleswig, sondern auch in dem zum deutschen Bunde gehörenden Herzogthume Lauenburg, also die unmittelbare durch Nichts zu verhin-dernde Mitwirkung bei der Leitung der deutschen Angelegenheit. Diese Zwecke zu erreichen, würde Rußland selbst bedeutende Opfer nicht scheuen; allein alles, was Rußland für Dänemark thut, das thut es auch für sich selbst, und die ganze Gefälligkeit gegen Frankreich besteht in Nichts, als in dem Aufgeben der Abneigung gegen ein politisches System, welches Rußland von Deutschland aus viel erfolgreicher würde bekämpfen können, als wenn es dadurch von Frankreich getrennt bleibt.“

Ist auch der Zeitpunkt noch fern, in welchem diese Hoffnungen Rußlands in Erfüllung gehen könnten, so möge uns doch dieser Gedanke nicht von Neuem einschläfern: Dänemark hat durch den „offenen Brief“ seine Meinung ausgesprochen, so möge auch das deutsche Volk seine Protestation gegen dieses Manifest aussprechen. Es ist keine Parteilache, um welche es sich handelt; religiöse und politische Streitigkeiten müssen ruhen, wo es sich um die Selbstständigkeit und Integrität des gesammten Vaterlandes handelt. „Mögen die deutschen Ständerversammlungen — sagt der oben-erwähnte Verfasser am Schlusse seines Aufsatze — beherzigen, wie sie im jetzigen bedeutungsvollen Augenblicke die Ehre und Würde des Vaterlandes zu behaupten haben, sie mögen in ruhiger, aber kräftiger und entschlossener Haltung Antwort geben auf das kühne Wort, welches von Kopenhagen her über eine deutsche Sache gesprochen ist; möge die deutsche Presse ihre Aufgabe begreifen und erfüllen — sie hat wohl nie eine wichtigere gehabt, — sie möge die Ansichten berichtigen, die Wahrheit überall hin verbreiten, den Muth wecken, wo es fehlt, die Interessen ordnen, wo sie sich zu verwirren scheinen, und die ganze Kraft des deutschen Volkes in einem einzigen Brennpunkte zu sammeln suchen. Eine solche Stimmung macht uns stark genug, den furchtbaren Kampf siegreich zu bestehen, der uns beschieden sein kann, den gleichzeitigen Kampf mit den beiden mächtigsten europäischen Continentalstaaten in Osten und Westen; aber sie wird nicht durch Commando hervorgerufen, nicht durch Bundesbeschlüsse oder Verordnungen dictirt, nicht durch Polizei und Verbote herbeigezaubert; nur die Gesinnung ist die Quelle, aus welcher sie frisch, lauter und kräftig hervorströmt. Darum befürchtet nicht Entartungen dieser Bestrebungen in einem Augenblicke, wo nur zwischen Sieg und Erniedrigung die Wahl bleibt, fürchtet nicht das freie

*) Bekanntlich haben in neuerer Zeit einige französische Journale gegen jede Betheiligung an dem Erlaß des „offenen Briefes“ Verwahrung eingelegt.

männliche Wort, ohne welches auch die vorsichtigsten Bemühungen der Diplomatie ihren Erfolg verfehlen würden. In Deutschland wird, wenn es einst gelten sollte, sich nochmals erheben, wie vor 33 Jahren, um seine Unabhängigkeit zu retten.

Inland.

* Berlin, 21. August. — In Nr. 183 der Breslauer Zeitung wird das hiesige galvanoplastische Institut in einer Weise besprochen, welche zeigt, daß der Verfasser von demselben und seinen Leistungen eine äußerst mangelhafte Kenntniß besitzt, die allein zu dem unbedingten, wenn auch apodiktisch genug hingestellten Urtheile, das er fällt, geführt haben kann. Offenbar ist der Verfasser ein Reisender gewesen, und einem solchen ist es freilich nicht zuzumuthen, zumal wenn er die vielen andern Kunst-Ateliers der Hauptstadt mit seinem Zuspruch heimzusuchen vor hat, in die Details der Anstalten einzugehen; wohl aber läßt sich dann auch die Forderung stellen, daß kein summarisches, in Bausch und Bogen abgefaßtes Urtheil mit einer gewissen orakelmäßigen Autorität ausgesprochen werde; und wenn es doch geschieht, wie es allerdings in diesem Falle geschehn, daß demselben vom Publikum nur eben so viel Geltung beigemessen werde, wie den Drakeln, nämlich eine zweideutige. Der Verfasser dieser Zeilen wohnt in Berlin, kennt das genannte Institut von seiner Entstehung an, und ist auch vollkommen mit seinen dermaligen Leistungen bekannt; er glaubt sich daher im Interesse der Wahrheit berufen, jenen Absprechungen des Reisenden in der Breslauer Zeitung entgegenzutreten, und will es, nicht wie er, mit bloßen Behauptungen, sondern durch Anführung von lauter Thatfachen thun, von deren Richtigkeit sich jeder, dem daran liegt, überzeugen kann. Der Reisende ist so indisciplinirt gewesen, das Berliner galvanoplastische Institut als bloß durch die Gunst des Monarchen bestehend darzustellen, während es notorisch von unsern Industriellen auf die mannigfachste Weise benutzt wird. So z. B. werden alle die Zinkgüsse aus dem Atelier des wackern Geiß, in sofern sie anderer metallener Ueberzüge bedürfen, der von Hackwig'schen Anstalt übergeben; wir erwähnen hier nur des eben in Arbeit befindlichen Denkmals für den verstorbenen Oberpräsidenten v. Vinke, dessen Substanz Zinkguss des Hrn. Geiß ist, das aber, wenn es aus der galvanoplastischen Anstalt hervorgegangen sein wird, mit dem schönsten Bronze-Monument wird weiteifern können. Wo bleibt da die Gerechtigkeit des Vorwurfs, den der Reisende dem Hrn. v. Hackwig macht, daß er vergessen habe, daß die Galvanoplastik immer nur als Surrogat des theuern Bronze-Gusses gelten dürfe? Es wird ferner insinuiert, als wenn überhaupt die Großtechnik aus dem Institut keinen sonderlichen Nutzen zöhe. Wenn aber bekannt ist, daß dort zentnerschwere Walzen von Gusseisen, ja sogar von Gyps und Holz Behufs der Färbereien, Papierfabriken ic. mit Kupfer und auf Begehren auch mit Silber und Gold überzogen werden, daß man dort Glas- Kolben, Porzellangefäße aller Art mit feuerhaltenden Kupferüberzügen versieht, ja diese Methode fast auf alle denkbaren Gegenstände ausdehnt, wie z. B. Wappe, Papier; wer da ferner weiß, daß die Anstalt Zinkbleche, zur Dachbedeckung mit dauerhaften Kupferüberzügen versehen, zu billigen Preisen liefert, daß Platten und Geräthe aller Art dort verzinkt, verzinkt und verkupfert werden; wie sagen, wenn diese Fakta wie uns bekannt sind, der wird sich vielmehr freuen, daß der vaterländischen Industrie durch dies Institut bereits mannigfaltige Erweiterungen zu Theil geworden, und noch großartigere in Aussicht stehen. Denn man erwähnt wohl, daß diese Leistungen von einer Anstalt ausgehen, welche erst vor 2 Jahren gegründet wurde. In diesem Augenblicke werden alle Vorbereitungen getroffen, um die genannten und andern für die Großtechnik bedeutsamen Gegenstände in hinlänglicher Anzahl zu liefern, um die Basis zu einem ausgedehnten Handelsgeschäfte zu bilden. Nicht minder ungerecht sind die Aeußerungen des Reisenden über die galvanoplastischen Silberplattirwaaren. Gerade diese Branche ist es, welche das Institut nach einem eben so schwierigen als kostspieligen Entwicklungskampfe an Qualität, Preis und Dauerhaftigkeit der Fabrikate

nach dem Urtheil aller Kenner zu einer Stufe durchgearbeitet hat, welche sich jetzt mit Recht hier einer stets wachsenden Anerkennung des Publikums erfreut. Wir selbst haben namentlich in dieser Beziehung die Fortschritte wahrzunehmen Gelegenheit gehabt. Rom ist nicht in einem Tage erbaut, und Anfangs konnten sich die Verzierungen der Geräthe mit denen in ganzem Silber nicht messen, doch welcher ein Abstand zwischen den damaligen Produkten und den heutigen, deren Eleganz die Vergleichung mit den zierlichsten Erzeugnissen der Silberarbeiter aushält. Das Wichtigste jedoch ist — und hier zeigt sich die Unkenntniß des gedachten Beurtheilers in ihrem vollsten Glanze — daß das galvanoplastische Institut faktisch beweist, wie die Erfindung Jacobis allerdings zu Höherem noch berufen ist, als Surrogate des theuren Broncegusses zu liefern. Die zu der bevorstehenden großen Kunstausstellung in Berlin bestimmten, auf Befehl des Königs angefertigten, kolossalen Bildwerke sind nicht etwa aus anderm Metall bestehende und mit Kupfer überzogene Figuren, sondern in Hohlformerei gelagerte schwere ganz massive Metallniederschläge, welche ohne alle Eiselirung nach dem Ausspruche mehrerer Künstler-Autoritäten, die von Bildhauer gefertigten Modelle in einer Treue und Wahrheit wiedergeben, wie es kein Bronceguß vermag. Eben so unhaltbar ist die andere Behauptung, daß das Institut in Silber durchgängig nur plattirte Waare liefere. Der Reisende hat gewiß die fast 2 Fuß im Durchmesser haltende Kölner Amazonschaale nicht gesehen, welche, gleich dem 3' im Durchmesser haltende Heraklidenbilde von Wildemann im Institute massiv im gebiegenen Silber galvanisch produziert worden sind. Diese Stücke dürften schwerlich — abgesehen von den enormen Kosten, die es verursachen würde — auf anderm Wege reproduziert werden können. Der Reisende hat sich auch über den Plan ausgesprochen, Kanonen auf elektrochemischem Wege zu gießen, wie er sich ausdrückt, ja er will darüber die ungünstigsten Urtheile von vielen Männern von Fach gehört haben. Die Wahrheit ist, daß bis jetzt nur erst wenige Versuche gemacht sind, daß bis jetzt nur sehr wenige zu diesen Versuchen zugelassen wurden, daß erst die Gebäude, um sie im Großen auszuführen, errichtet werden, und daß die bisherigen Resultate eben der Art waren, daß sie zu der Anwendung der ferneren bedeutenden Kosten emunterten. Wie unsererseits mögen nicht auch in den Fehler des Reisenden verfallen und ein voreiliges Urtheil abgeben, enthalten uns daher in dieser Beziehung jeder Aeußerung, nur können wir nicht unbemerkt lassen, daß es — gelinde gesagt — einen hohen Grad von Selbstgenügsamkeit verräth a priori über Versuche abzusprechen, deren Ergebnisse die höchsten militärischen Behörden mit Spannung entgegensehen, und auf deren Ausführung die Regierung, der man Verschwendung gewiß nicht vorwerfen kann, nicht unerhebliche Summen zu verwenden im Begriffe steht.

(N. A.) Die Polen-Untersuchung in Sonnenberg wird jetzt möglichst beeilt, damit der Prozeß hier am 1. Oktober beginnen könne; wie es den Anschein hat, wird dies jedoch kaum möglich sein.

Stendal, 18. August. (Magd. Z.) Endlich hat die Altmark und mit ihr unsere Stadt die frohe Gewissheit, dem großen Eisenbahnneze, welches die Provinzen unseres Landes durchzieht, durch die Ausführung der Bahn von Magdeburg nach Wittenberge, angereicht zu werden, indem am heutigen Tage in der Gegend von Belle durch die ausführenden Techniker der Magdeburg-Wittenbergischen Eisenbahn, Herrn Ober-Ingenieur Hess und Abtheilungs-Ingenieur Alisch, der erste Spatenstich statt gefunden hat und die Erarbeiten sofort in Angriff genommen worden sind.

Aus der Mark, 19. August. (Spen. Z.) Man erkennt es überall in Publikum an, wie schwierig die Verhältnisse sind, unter denen der neue Finanzminister, Hr. v. Duesberg, sein Departement übernimmt, man hält es aber auch grade deshalb für wünschenswerth, daß derselbe den Antritt seines Amtes mit irgend einer durchgreifenden Maßregel bezeichne. Man begreift sehr wohl auch die Schwierigkeit hiervon, da bei der jetzigen Lage der Dinge der Finanzminister ja gar nicht einmal die oberste Leitung der Steuern und Geldver-

hältnisse völlig in seiner Hand vereinigt, und da man wohl weiß, daß, in diesem Punkte eine Umgestaltung herbeizuführen, nicht in seiner Macht liegt; allein man hofft doch, daß es auf seinen Willen und seinen Rath vornehmlich ankommen werde, um Hinsichts unseres ganzen Geld- und Circulationswesens manche heilsame und notwendige Reformen zu Wege zu bringen. Man hofft zunächst und vor Allem, er werde sich entschieden dagegen aussprechen, daß durch den Eisenbahnbau auf Kosten aller anderen Factoren des Nationalwohlstandes noch fernerhin große Summen verschlungen werden, denn dem naturgemäßen Bedürfnisse an dieser Gattung von Verbindungsstraßen ist bei uns durch die bereits concessionierten und im Bau begriffenen Bahnstrecken bereits mehr als genügt; man hofft deshalb nicht nur einerseits, daß er allen fernher noch etwa auftauchenden Eisenbahnprojecten seine Zustimmung versagen, sondern daß er auch in den Fällen, wo der Bau noch nicht vorgeschritten und eine Abwicklung der Behufs desselben bereits eingegangenen Verpflichtungen noch möglich ist, diese letztere begünstigen und im Nothfall für deren Erfüllung mit Staatsmitteln hilfreich hinzutreten werde. Wohl aber hofft man andererseits, daß er dem Kunststraßenbau namentlich in den östlichen Provinzen, als einem der notwendigen Erfordernisse einer Förderung des Wohlstandes, seine Aufmerksamkeit erhalten und dem noch sehr fühlbaren Mangel an Chaussees in diesen Gegenden nach und nach abzuhefen suchen werde. Man wünscht, daß er den mannigfachen, selbst von den Provinzialständen als notwendig bezeichneten, Steuer-Reformen seine Mühe zuwenden und namentlich den so allgemein gegen die Prägravirung einzelner Gegenden durch die Grundsteuer und gegen die Mahl- und Schlachtsteuer laut gewordenen Beschwerden abhelfen, und besonders auch Hinsichts der letzteren den Gesichtspunkt festhalten möge, daß eine partielle Aufhebung derselben, wie sie gegenwärtig in einzelnen Städten bewilligt wird, keineswegs zu demselben Resultate führt, wie eine im Umkreise der ganzen Monarchie vorgenommene Vertauschung derselben mit der Classensteuer und eine hiernach eintretende gleichmäßige und einander ausgleichende Repartirung der Klassensteuersätze für alle Provinzen. Wenn man die Hoffnungen auf eine weitere, den allgemeinen Wünschen mehr entsprechende, Fortbildung des Bankwesens auch für die nächste Zeit vertagen zu müssen glaubt, so giebt man doch dem Wunsche Raum, daß der neue Finanzminister einer ferneren Organisirung des Creditwesens seine ungetheilte Aufmerksamkeit bewahren, und z. B. der Errichtung von Kassen-Vereinen und anderen diesem Zwecke dienenden Institutionen nicht entgegengetreten wolle; man wünscht, daß er in Verbindung mit dem Justizminister eine Vereinfachung des Concurs- und Hypothekenwesens herbeiführen und Mittel finden möge, um der Schwereffälligkeit unseres Geld- und Circulationswesens im Ganzen abzuhelfen, namentlich auch so weit sich diese bei den in den Staatskassen befindlichen Geldern zeigt. Man hofft endlich, daß er seine Stimme dafür erheben werde, daß die Regierung in Uebereinstimmung mit dem von ihr so vielfach ausgesprochenen Grundsatz der historischen Basis für die Gestaltung unserer politischen Verhältnisse den Ständen in der Folge wieder das Recht der Controle des Staatshaushaltes und in weiterer Fortbildung das der Steuerbewilligung einräume; man hofft wenigstens, er werde dahin wirken, daß künftighin eine genauere und detaillirtere Uebersicht der Staats-Einnahmen und Ausgaben zur Veröffentlichung gelange, als jetzt. Wir können hier natürlich nicht auf eine ausführlichere Darlegung der Bedürfnisse und Wünsche der Gegenwart eingehen, deren Erfüllung man von dem neuen Chef des Finanzdepartements wünscht. Immerhin aber scheinen uns die im Vorhergehenden angedeuteten Punkte einige von denjenigen zu sein, durch deren Erledigung den Interessen der Regierung, wie den Wünschen des Volkes gleichmäßig genügt werden dürfte; wo diese aber im Einklang bleiben, wird Zufriedenheit und Glück nicht fehlen.

Aus Hinter-Pommern, 16. August. (Nach Z.) Einige Kreisbehörden Hinterpommerns gehen von der ganz richtigen Ansicht aus, daß die den Kreisständen zur Berathung und Beschlußnahme vorzulegenden Gegenstände von allgemeinem Interesse seien, daß sie daher auch zur allgemeinen und zu Jedermanns Kenntniß zu bringen. Sie übergeben also die dem Kreistage vorzulegenden Gegenstände der Öffentlichkeit, der Allgemeinheit, indem sie selbige im Kreisblatte abdrucken lassen. Ein Verfahren, das Nachfolge verdient.

Königsberg, 19. August. — Ueber die im vorigen Jahr für die Provinz Preußen in Königsberg veranstaltete Gewerbe-Ausstellung ist an des Königs Majestät Bericht erstattet worden und Allerhöchstdieselben haben hierauf mehrere Auszeichnungen allergnädigst zu bewilligen geruht.

Danzig, 21. August. (Danz. Z.) Durch mehrere Zeitungen ist bereits die Nachricht gegangen, daß die auf Herrn Landschafts-Rath v. Strachowski, der bei

der hiesigen Provinzialsynode mit großer Stimmenmehrheit zum Vorsitzenden gewählt wurde, gefallene Wahl zum Landtagsdeputirten wegen eines Formfehlers für nichtig erklärt und bei dem neuen Wahltermin den Ständen durch den königlichen Commissarius bedeutet worden sei, daß der im ganzen Kreise und weit darüber hinaus seiner christlichen Lebensweise halber, hochgeschätzte Herr v. St., in Gemäßheit einer vom Herrn Oberpräsidenten mitgetheilten Cabinetsordre, nicht wieder wählbar sei, weil man doch nicht absehen könne, welcher Partei der Deutschkatholiken der volle Genuß der staatsbürgerliche Rechte eingeräumt werden würde. Auch ist schon früher mitgetheilt, daß die Stände des Kreises sich einer neuen Wahl enthalten und an Se. Majestät mit der Bitte gewandt haben, ihnen die Wahl des Herrn v. Strachowski zu gestatten. Aber es dürfte noch besondere und ehrenvolle Erwähnung verdienen, daß an jener Petition für einen Deutsch-Katholiken auch römisch-katholische Christen Theil genommen und dadurch ein offenes und erfreuliches Zeugniß davon abgelegt haben, daß sie, aller Aufforderung zur Intoleranz ungeachtet, ernstlich gewillt sind, mit ihren deutsch-katholischen Mitchristen in Frieden und Eintracht zu leben und ihnen sogar ihre verfassungsmäßige Vertretung anvertrauen wollen. Wir begrüßen dieses Zeugniß als den Anfang zur Erfüllung einer Hoffnung, die das Herz jedes Deutschen belebt, der sein Vaterland wahrhaft liebt: der Hoffnung, daß man die religiösen Wirren und Streitigkeiten, die Verleerungs- und Verfolgungssucht Denen überlasse, die, obwohl berufene Diener der Christusreligion, statt der Liebe den Haß predigen, die aber an Bedeutung und Einfluß verlieren und zuletzt verstummen werden, wenn die Gemeinden fortfahren, Beweise eines wahrhaften Wohlwollens Andersgläubender zu geben. Es ist von der Weisheit des Gouvernements und der Rathgeber der Krone zu erwarten, daß sie bei den Entschlüssen über das Schicksal der Deutschkatholiken auch dieses Zeichen nicht außer Acht lassen und, den Wünschen der Aufgeklärtesten aller Confessionen nachgebend, den Deutschkatholiken den vollen Genuß der staatsbürgerlichen Rechte einräumen.

Münster, 22. August. — Der heutige Westph. Merk. enthält eine Schluß-Erklärung des Redacteurs der ständischen Zeitungsberichte bei dem 8ten westphälischen Provinzial-Landtage, deren vollständige Veröffentlichung durch Erkenntniß des königl. Ober-Censurgerichts vom 4. August d. J. erlaubt worden ist. Am Schlusse derselben heißt es: „Ich will schließlich nur wiederholen, daß mein Bestreben in dieser Sache dahin gerichtet war: die den Ständen zustehenden Befugnisse aufrecht zu erhalten und die Leistungen des 8ten westphälischen Landtages in ihrem ganzen Umfange darzustellen, wie endlich, daß meiner Ueberzeugung nach ich in dieser Sache das gethan habe, was ich thun mußte, ohne jedoch mehr thun zu können.“

Köln, 17. August. (N. A.) Es circulirt hier eine Darstellung über die am 3. und 4. d. M. vorgefallenen Excesse, welche von den Kölner Bürgern mit Befriedigung gelesen wird.

(Eibz. Z.) Newyorker Handlungshäuser haben an hiesige bedeutende Offerten gemacht, Getreide, vorzüglich Roggen zu äußerst billigen Preisen für nächstes Frühjahr oder schon für den nächsten October zu liefern. In Amerika soll nämlich die Ernte sehr reichhaltig und gut ausgefallen sein.

Bonn, 19. August. (Köln. Z.) Der Geheimrath Blume, Professor in der juristischen Facultät, hat vor einiger Zeit einen Anschlag an das schwarze Brett der Universitäts-Gebäude heften lassen, der gleich Anfangs großes Befremden erregte, jetzt aber auch den Senat bewogen hat, energisch gegen denselben aufzutreten. Professor Blume, der zum Mitgliede der General-Synode in Berlin ernannt war, las sein angefündetes Colleg bis Pfingsten, wo er nach Berlin abreiste. Auf einmal erscheint ein Anschlag von ihm, des Inhaltes, daß mit Erlaubniß des Ministers Eichhorn seine nur angefangene Vorlesung bei der Prüfungs-Commission für vollständig gelten solle. Professor Böcking werde das dieserhalb nöthige Zeugniß: „Bis Pfingsten gehört“, abgeben; derjenige aber, welcher sich mit diesem allgemeinen Zeugnisse nicht begnügen wolle, könne sein Honorar auf der Universitäts-Quästur wieder erhalten. Was zuerst auffiel, war das, daß der Justizminister ja nur allein befugt ist, jenes Halb- oder Viertel-Colleg für voll gelten zu lassen. Dann aber berührte es auch unangenehm, daß Professor Blume Honorare verlange und annehme für eine Vorlesung, die er nicht gehalten, daß er ferner Zeugnisse durch einen Andern abgeben. Es freut uns, berichten zu können, daß der Senat den Anschlag sogleich abnehmen ließ und den Universitäts-Curator bat, diesen Vorgang dem Minister mittheilen zu wollen. Den Bescheid desselben, auf den man sehr gespannt ist, werde ich seiner Zeit mittheilen.

Die diesjährige Ernte und die Staatshülfe.

Was zunächst die Ernte von Körnerfrüchten betrifft, so dürfte es jetzt keinem Zweifel länger unterliegen, daß dieselbe für Deutschland im Ganzen genommen, nichts weniger als eine wirklich günstige genannt werden kann. Am besten noch, wenn auch keineswegs durchweg günstig, fällt die von Weizen aus, wogegen die von Roggen, als die eigentliche und wahre Brotsfrucht Deutschlands, wenn auch, dem Stroh nach, reichlich, im Körnerertrage sehr viel zu wünschen übrig läßt, wohl selbst als stark defekt bezeichnet werden kann, und die von Sommergetreide aller Art, mit wenigen Ausnahmen, nur ein mittelmäßiges Resultat liefert. Als entschieden günstig in Deutschland, wenngleich auch dabei einzelne Ausnahmen stattfinden, ist nur das Ergebniß der diesjährigen Ernte von Futterkräutern zu betrachten, was allerdings, obgleich diese Fruchtart direct nur zur Ernährung des Viehs dient, indirect doch sehr wohl dahin führen kann, einen Theil des Deficits an der Getreide-Ernte, als zur menschlichen Ernährung bestimmt, zu kompensiren, da bekanntlich das Vieh, wenn es an Futtermaterial fehlt, wie es namentlich in den letzten Jahren der Fall war, auch theilweise mit Körnern genährt wird. Als ein wesentliches Moment in Bezug auf die Gesamtsfülle menschlicher Nahrungsmittel, glauben wir es aber um so weniger bezeichnen zu können, da derselben von anderen Seiten wieder empfindliche Einbußen zu erwachsen drohen. So zunächst durch den bedeutenden Fehlschlag, welchen in diesem Jahre die Ernte von Obst, namentlich von Kernobst, fast überall in Deutschland erleiden wird. Als ein Gegenstand von Unerheblichkeit wird dies Keinem erscheinen, der den Umfang der Consumtion von frischem, wie von bereitetem (gebaknem oder gestottem) Obst, welche in vielen, namentlich südlichen Gegenden Deutschlands, stattfindet, kennt, doch würde es immerhin so gelten können, wenn nicht noch eine andere, viel belangreichere Einbuße der Art in Aussicht stände, die an der Kartoffelernte. Der Umfang des Mißgeschicks, das daraus sich entwickeln kann, läßt sich in diesem Augenblicke noch durchaus nicht übersehen. Möglich, daß die Befürchtungen, welche darüber von mehreren Seiten gehegt werden, viel zu weit gehen. Möglich auch, daß der Charakter des bevorstehenden Winters, gleich dem vorherigen, von so besonderer Art sein wird, um zur Conservation einer an sich fehlerhaften, zum raschen Verderben neigenden Frucht ungemein beizutragen. Möglich aber auch, daß es sich mit dem einen und andern viel schlimmer noch gestaltet, als man sich gegenwärtig vorzustellen fähig ist. Was dabei vor Allem Bedenken erregen muß, ist der Umstand, daß schon seit Jahren bei uns in Deutschland die arbeitenden Klassen auf die Kartoffel, als Haupt- mitunter selbst als ausschließliches Nahrungsmittel angewiesen sind, während sie in allen andern europäischen Ländern, Irland ausgenommen, nur ein secundäres der Art abgiebt. Für Deutschlands ökonomische Verhältnisse ist dies kein günstiges Zeugniß. Nur Armuth und Noth werden die Kartoffel zum vorherrschenden Nahrungsmittel machen, während da, wo die Erwerbsverhältnisse besser sind, man mehr zum Brod, zu Hülsenfrüchten oder selbst zum Fleisch greift. Es läßt sich sogar annehmen, daß die so sehr vorherrschende Kartoffelnahrung Deutschlands auf die Länge der Zeit einen sehr nachtheiligen Einfluß, namentlich auf die körperliche Beschaffenheit und den Gesundheitszustand der unteren Klassen ausüben, eine nicht geringe physische und damit auch eine geistige Degeneration derselben zur Folge haben mußte, daher es vielleicht recht gut ist und wohl gar als eine höhere Anordnung angesehen werden kann, wenn darin eine Aenderung angebahnt wird, was aber gerade bei uns in Deutschland nicht ohne bedenkliche Schmerzen und Rückwirkungen abgehen dürfte.

Wir stellen einfach die Frage: Welche Folgen müßte es haben, wenn in Deutschland nur etwa die Hälfte der diesjährigen Kartoffelernte durch Mißrathen in der Erde oder rasches Verderben nach der Ernte verloren gehen sollte? Selbst die reichlichste Getreide-Ernte würde den dadurch am Quantum der Nahrungsmittel entstehenden Ausfall nicht ersetzen können, eine mittelmäßige, wie die diesjährige jedenfalls nur ist, wird es noch viel weniger. Wie es scheint, haben andere Länder, namentlich die westlichen, in diesem Jahre besser geerntet, als Deutschland, das auf diese Weise in der nächsten Zukunft vielleicht viel weniger Gelegenheit finden wird, als es in den vorherigen Jahren der Fall war, von seinen Bodenprodukten nach außerhalb abzugeben, was aber ebenfalls wieder seine schlimme Seite hat: Denn Deutschland, ein vorzugsweise Ackerbau treibendes Land, ist darauf angewiesen, jährlich ein Bedeutendes von seinen Bodenprodukten an das Ausland abzugeben, um seine Bilanz mit demselben zu decken, und muß nothwendig, wenn dabei ein Ausfall eintritt, der, wenn überhaupt, doch am wenigsten sofort durch andere Erwerbs- und Exportmittel ausgeglichen werden kann, eine ungünstige Rückwirkung in ökonomischer und finanzieller Hinsicht erfahren, die sich wieder vielfach auf die arbeitenden und unteren Klassen übertragen würde.

Ein so wesentliches, zur Verarmung Deutschlands führendes Mißgeschick dies an sich aber auch sein würde, tritt es doch gar sehr in den Hintergrund gegen die Bedrängnisse und Schwierigkeiten, die momentan und auf längere Zeit daraus erwachsen müßten, wenn es sich zeigen sollte, daß die Gesamtsfülle seiner diesjährigen Ernte von Brotsfrüchten nicht ausreicht, um seine Population bis zur nächstjährigen zu ernähren und absoluter Mangel von Bedeutung in dieser Hinsicht zu erwarten steht. Es wird nicht fehlen können, wenn dieser Fall eintritt, daß man vor Allem und ganz besonders auf die Hülfe des Staats recurriert.

(Börs.-Nachr. d. Ostsee.)

Deutschland.

Leipzig, 24. August. (L. Z.) Unter den Annoncen dieser Blätter, sowie mehrerer inländischer Lokalblätter befand sich in den letzten Wochen wiederholt die Aufforderung, daß Arbeiter, welche gute Beschäftigung an der Chemnitz-Nisaer Eisenbahn finden wollten, sich bei einigen namhaft gemachten Schachtmeistern in der Nähe von Chemnitz und Mittweida melden möchten, wobei zugleich mit der Bemerkung, daß die von den Schächtern in Accord verdienten Löhne in letzter Zeit je nach dem Fleiße der Leute gut gewesen seien, für die Zukunft jedem Manne eine Vorschusszahlung von 12½ Ngr. täglich zugesichert ward. Das Ungewöhnliche einer derartigen Aufforderung, die auch noch auf anderem directen Wege Verbreitung gefunden haben soll, und die Verheißung eines höheren abschläglichen Lohnvorschusses, als bei den übrigen Eisenbahnbauten von den Accordnehmern gewährt zu werden pflegt, konnte nicht verfehlen, eine Anzahl von Arbeitern von anderen Eisenbahnen heranzulocken, unter denen, als sie sich bei der am 10ten laufenden Monats stattgefundenen Ausschüttung, die überhaupt nur 12 Ngr. täglichen Lohn für den Mann ergab, in ihren Erwartungen getäuscht sahen, eine unter solchen Umständen begreifliche Unzufriedenheit und Aufregung sich kund gab, so daß nur durch das sofortige Einschreiten der betr. Behörde weiteren Auftritten vorgebeugt und die Ordnung aufrecht erhalten werden konnte. Die nähere Erörterung über diesen Vorfall hat übrigens ergeben, daß jene Aufforderungen lediglich von einem Unternehmer der Erdarbeiten an der Chemnitz-Nisaer Eisenbahn, ohne alles Vorwissen und Zuthun des Directoriums der letztern ausgegangen waren.

Stuttgart, 19. August. — Das k. Finanzministerium hat dem Stadtrath in Stuttgart auf seine Bittschrift wegen zollfreier Einfuhr des Mehls in die Vereinsstaaten durch die k. Stadtdirection folgende Eröffnung machen lassen: „Die k. Regierung habe, aus eigenem Antriebe, der unter den eingetretenen Umständen so wünschenswerthen Erleichterungen der Einfuhr von fremdem Mehle durch temporären Erlass des Zolls schon seit längerer Zeit ihre volle Aufmerksamkeit gewidmet und dießfalls an den geeigneten Schritten es in keiner Weise fehlen lassen. Sie sei es auch, die neuerlich, vor einigen Monaten, auf der gegenwärtigen Zollkonferenz in Berlin einen eigenen Antrag in jenem Sinne gestellt und bei den betreffenden Regierungen denselben zur Berücksichtigung besonders empfohlen habe. Der Erfolg hievon stehe in nächster Zeit zu erwarten, und in dem jedoch unwahrscheinlichen Falle, daß eine Fortsetzung der dießfälligen Bemühungen nothwendig werden sollte, würde sich die k. Regierung zu solcher gerne entschließen.“

Kiel. — No. 7 der holl. Ständezeitung, datirt vom 21. August, enthält Auszüge der Verhandlungen der 11ten Sitzung (1. August), der 12ten (3. August), 13ten (Abend Sitzung) und der 14ten und letzten Sitzung (4. August) und ein Nachträgliches. In der 11ten Sitzung zeigt der Präsident an, daß seit der letzten Sitzung (29. Juli) 3 mit der Neumünsterschen gleichlautende Adressen (aus Büsum, Wesselsburen und Eckernförde) eingegangen seien; ferner eine Adresse in 4 Exemplaren aus Ikehoe, ähnlichen Inhalts, eine andere aus Wilster, von 27 wahlberechtigten und wählbaren Bürgern unterzeichnet, ähnlichen Inhalts, welche dabei jedoch noch einen Schritt weiter geht, indem sie sich auf die von der diesjährigen Ständeversammlung beschlossene Adresse bezieht und sich mit derselben einverstanden erklärt. Als darauf der Präsident bemerkte, daß er, um die zur Tagesordnung stehende Vorberatung über den Ausschußbericht wegen der Proposition des ersten Herrn Abgeordneten für Kiel, betreffend die Einsendung der Adresse mit den dazu gehörigen Aktenstücken an die deutsche Bundesversammlung, nicht unnötig aufzuhalten, die Versammlung mit dem Resultat der Abstimmung am Schlusse der Sitzung bekannt machen werde, fand der k. Commissar sich veranlaßt, die Versammlung auf die Gesekwidrigkeit des gestellten und in dem Ausschußbericht näher erörterten Vorschlages wiederholt aufmerksam zu machen. Da hierauf die Vorberatung über den fraglichen Gegenstand begann, so entfernte sich der k. Commissar aus dem Sitzungssaale. Nach beendeter Vorberatung wurde das Resultat der zu Anfang der Sitzung stattgefundenen Comitewahl der

Versammlung mitgetheilt. Gewählt waren: Der Graf Baudissin v. Borstel mit 19, der Abgeordnete Rohwer mit 17, der Gutsbesitzer Dr. v. Hollen mit 10, der Graf Reventlow v. Jarve mit 10, und der Gutsbesitzer Tamm mit 10 Stimmen. — In der 12ten Sitzung war der k. Commissar nicht gegenwärtig, wohl aber der ihm beigeordnete Beamte. Als eingegangen zeigte der Präsident an: zwei auf den heute zur Schlußberatung stehenden Ausschußbericht über die Balemann'sche Proposition sich beziehende Amendements; eine Adresse aus Bramstedt, mit der Neumünsterschen übereinstimmend, dabei bemerkend, daß der Unterschriften noch mehrere beabsichtigt gewesen, durch das mittlerweile erfolgte Erscheinen des Kancelleircirculars aber verhindert worden seien; und einige Petitionen, den Witthand, Kopfsteuer u. betreffend. Darauf wurde zur Schlußberatung der Balemann'schen Proposition geschritten. Das Resultat dieser Beratung war der Beschluß, daß der Bundesversammlung eine bezügliche Eingabe zu überreichen, und der Staats- und Ober-Appellationsgerichtsrath Wiese, als derzeitiger Präsident der holsteinischen Ständeversammlung, zu beauftragen sei, die von der Versammlung beschlossene Eingabe an die Bundesversammlung einzusenden, und durch einen Procurator bei derselben einreichen zu lassen. Diese Eingabe wurde darauf in der 13ten Sitzung, den 3. August 1846, Abends 7 Uhr, bei welcher 45 Mitglieder gegenwärtig waren, genehmigt, und sodann von dem Präsidium der Versammlung angezeigt, daß es für die Ausfertigung der fraglichen Eingabe in der gehörigen Form Sorge tragen und das weiter Erforderliche veranlassen werde. — In der 14ten Sitzung, nachdem der k. Commissar eingetreten war und vom Präsidenten der Eingang einer Petition des 4ten ländlichen Wahlbezirks, mit der Neumünsterschen übereinstimmend, angezeigt war, gaben der Kammerherr Klosterprobst Graf v. Reventlow zu Preetz und der Advokat Bargum aus Kiel eine Erklärung dahin ab, daß sie sich behindert fänden, ferner an den Sitzungen der Provinzialständeversammlung für das Herzogthum Holstein in der gegenwärtigen 6ten Diät Theil zu nehmen. — Nachdem der Kirchenprobst Callisen sich im entgegengegesetzten Sinne ausgesprochen hatte, fand der königliche Commissar sich mit Rücksicht auf diesen Vorgang veranlaßt, unter andern folgende Worte an die Versammlung zu richten: „Mit inniger Betrübniß habe ich die so eben abgegebenen Erklärungen von 2 geehrten Mitgliedern dieser Versammlung vernommen, welche ihre Wirksamkeit hier für geschlossen und beendet erklärt haben und den Saal verlassen wollen. Die Versammlung hat sich gekränkt erachtet in ihrem Petitionsrecht, und obgleich die Regierung dies nicht anerkennt, eben so wenig, wie das Recht der Versammlung, sich an den deutschen Bund zu wenden, so ist doch ein solcher Schritt von der Versammlung beschlossen, es ist demselben von der Regierung kein Hinderniß entgegengesetzt worden und die Versammlung hat somit über das vermeintlich erlittene Unrecht Beschwerde geführt. Damit dürfte sie aber auch ihre Pflicht in dieser Rücksicht vollständig erfüllt haben, und nun gehalten sein, zu verordnungsmäßiger Thätigkeit zurückzukehren. Vielfach ist es schon neulich bei der Motivierung ausgesprochen, daß es schmerzlich und betrübend sei, sich über den eigenen Landesherrn zu beschweren. Gewiß ist es auch für ihn schmerzlich und kränkend, und um so verzeuquensvoller fordere ich Sie auf, nun nicht noch eine neue Kränkung der ersten hinzuzufügen durch das Verlassen dieses Saals. An ihre Verantwortlichkeit gegen das Land muß ich sie aber auch erinnern. — Treiben Sie den Widerstand gegen die Regierung nicht weiter und bedenken Sie, daß Sie für die Folgen verantwortlich sind, daß Sie aber selbige voraussehen können und daß Ihrem Blicke die Zukunft verhüllt ist. — Es folgten hierauf dem Beispiele des Klosterprobstes Grafen v. Reventlow zu Preetz und des Advokaten Bargum amnoch folgende Mitglieder der Versammlung und erklärten sich in der angegebenen Reihenfolge ebenfalls behindert, ferner an den Sitzungen der Versammlung in dieser Diät theilzunehmen: der Kammerherr Klosterprobst Graf v. Reventlow zu Jersbeck, Kammerh. v. Neergaard zu Develgönne, Landasse Arneemann zu Grabau, Kammerherr v. Buchwald zu Neudorf, Landasse Hirschfeld zu Groß-Nordsee, Geheime Conferenzrath und Verbieter von Bülow in Ikehoe, Landasse Dr. v. Hollen zu Schönweide, Hofjägermeister Graf v. Baudissin von Sopphenhof, Kammerherr v. Buchwald zu Prohnstorf, Prof. Dr. Christiansen aus Kiel, Ober- und Landgerichts-Advocat Claussen aus Kiel, Amtsvorsteher Mannshardt aus Trittau, Erbpächter Winkler von Mönckhagen, Advocat Koch aus Segeberg, Dr. Johannsen aus Mühlenstraße, Bauer vogt Schoer aus Söhren, Landasse Tamm von Muggesfelde, Kammerherr Graf v. Baudissin zu Borstel, Meierhofbesitzer Jargstorf auf Lindau, Hofbesitzer Diedrichsen in Gaarden, Kaufmann Semper aus Altona, Landesgevollmächtigte Paulsen aus Behmhusen, Landesgevollmächtigte Wolf aus Süderdeich, Hofbesitzer Möller aus Störndorf, Kammerherr Graf v. Reventlow von Jarve, Ober- und Landgerichts-Advocat Tiedemann aus Glückstadt, Kaufmann Knauer aus Altona, Bürg-

getrauerter Dr. Balemann aus Kiel, Hofbesitzer Scharmer zu Horstmoor, Agent Paap aus Rendsburg, Hofbesitzer Rohrer aus Holsdorf, Hofbesitzer Speeren aus Strinckro, Hofbesitzer Meyn zu Sonnendeich und Hofbesitzer Gloy von Wintershof. Dagegen sprachen: Kirchenpropst Callisen, Ober- und Landgerichts-Advocat v. Prangen aus Glückstadt, Advocat Kirchhoff aus Uetersen, Justizrath und Senator Gähler aus Altona, Pastor Dr. Rau aus Schönberg und Hufner Einfeld aus Thienens, sich dahin aus, ferner noch an den Verhandlungen der Ständeverammlung theilnehmen zu wollen. Schließlich erhob sich der Justizrath und Klosterpandicus Klenze und schloß sich der Majorität an, wogegen der Präsident der Versammlung, Etatsrath Wielse, erklärte, wie die Stellung als Präsident, welche die Versammlung ihm anvertraut habe, ihn verpflichte, diesen Platz vorläufig noch zu behaupten.

Kiel, 19. August. — Die „Stände-Zeitung“ berichtet über den Schluß der Ständeverammlung folgendermaßen: Nachdem sodann (es ist vorher von den Erklärungen der älteren Mitglieder die Rede) die in die Versammlung neu eingetretenen Mitglieder sich über die bisherigen Vorgänge in der Ständeverammlung erklärt hatten, nahm der königl. Commissar folgendermaßen das Wort: Ich habe mit Bedauern gesehen, daß keine beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten hier vorhanden ist, da die meisten der Embarces sich nicht eingestellt, sondern aus verschiedenen Gründen das Erscheinen abgelehnt haben. Für den Fall haben Se. Maj. der König ein allerhöchstes Rescript an mich erlassen, welches folgendermaßen lautet: Hochedler, Lieber, Getreuer! Es hat Unserm landesväterlichen Herzen wehe gethan, zu erfahren, daß die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder der Versammlung der Provinzialstände des Herzogthums Holstein sich durch eine unrichtige Auffassung Unseres offenen Briefes vom 8. Juli d. J. und durch eine den klaren Worten des allgemeinen Gesetzes vom 28. Mai 1831 widerstrebende Ansicht über die Befugnisse und Verpflichtungen der Provinzialstände hat hinweisen lassen, die Versammlung vor der Beendigung ihrer Arbeiten zu verlassen. Diesem pflichtwidrigen Verfahren allein ist es zuzuschreiben, daß die theils von früheren Versammlungen Unserer Provinzialstände, theils von vielen Unserer übrigen lieben und getreuen Unterthanen wiederholt und dringend erbetenen wichtigen, der gedachten Versammlung vorgelegten Gesetzentwürfe nicht vorschriftsmäßig bearbeitet worden sind, und, da die zur Fassung von Beschlüssen gesetzlich erforderliche Anzahl von Abgeordneten, ungeachtet der wiederholt erlassenen Aufforderungen, nicht zur Stelle ist, in der gegenwärtigen Diät auch nicht mehr werde behandelt werden können. Indem Wir dir daher hiedurch befehlen, die diesjährige Versammlung der Provinzialstände des Herzogthums Holstein aufzuheben, tragen Wir dir zugleich auf, denjenigen Abgeordneten, welche ihrer Pflicht getreu zur Stelle geblieben sind, hierfür Unsere allerhöchste Zufriedenheit zu bezeugen. Wir befehlen dich in Gottes Obhut. Gegeben zu Wyck auf Föhr, den 13ten August 1846. Christian R. — Indem ich mich dieses allerhöchsten Auftrages durch die Verlesung des allerhöchsten Rescripts entledige, erkläre ich die sechste holsteinische Ständeverammlung hiemit für aufgehoben. Der Präsident: Die Versammlung hat vernommen, was der königl. Herr Commissar in Folge allerhöchsten Befehls ihr mitgetheilt hat. Ich darf nur aufmerksam machen auf den 41. §. unsers Gesetzes, nach welchem die Versammlung sofort nach ihrer Aufhebung ihre Functionen einzustellen und ruhig auseinander zu gehen hat. Auch ich verlaße mit Ihnen, meine Herren, diesen Platz, auf welchen mich Ihr Vertrauen diesmal wie zweimal früher berufen hat. Ich scheide mit dem Wunsche, daß die gegenwärtige höchst erfreuliche Anwesenheit unseres allergnädigsten Landesherrn in Seinen Deutschen Ländern Ihm die Ueberzeugung verschaffen möge, wie Seine Unterthanen in beiden Herzogthümern sich der Rechte bewußt sind, die ihnen zustehen.

Oldenburg, 19. August. — Der Stadtrath hat in einer Versammlung vom 17. August die Ueberreichung der erwähnten Adresse an den Großherzog beschlossen.

Kienburg. (Zgeh. Wbl.) Bei einer am 14ten d. M. hier abgehaltenen feierlichen Tafelrunde der Liedertafel haben einige ruhestörende Auftritte stattgefunden. „Vom nahen Todtenacker,“ heißt es, „wurden zu wiederholten Malen Steine durch die klirrenden Fensterscheiben geschleudert, so daß solche auf die Tische niederschlugen und ein paar Mitglieder sogar von diesem feindlichen Wurfgeschosse (noch gottlob nicht bedeutend) verletzt wurden.“ Weiteren Auftritten dieser Art scheint indeß doch vorgebeugt zu sein. — Das Erscheinen einer angekündigten Broschüre: die Dänen in Kienburg, von C. Baurmeister, erregt hier eine ungemessene Sensation, ja die Polizei fahndet sogar auf die Subscriptionslisten auf offener Straße.

Aus dem südlichen Holstein, 20. August. — Aus einer beachtenswerthen Quelle kann ich Ihnen die Nachricht mittheilen, daß man sich höchsten Ortes entschlossen hat, etwas zu thun, um die tiefgehende Aufregung hier zu Lande, um die öffentliche Meinung von ganz Deutschland, die sich mit alle dänische Erwartung so übertreffender Entschiedenheit über die zur Volksfrage gewordene schleswig-holsteinische Frage ausspricht, zu befriedigen. Sie wissen, daß schon auf der Volksversammlung von Neumünster die Nachricht verkündet und von meist gutunterrichteten zuverlässigen Männern bestätigt wurde, der deutsche Bund habe sich für die Abschaffung des dänischen Commandos beim holstein-lauenburgischen Bundescontingent ausgesprochen. Dieser nicht mehr abzuwendende Beschluß soll nun, wie wir hören, bei den großen Manövern, die demnächst auf der Lockstedter Heide bei Kellinghusen gehalten werden, wobei, wie hinzugefügt wird, die holsteinischen Regimenter auch ihre alten Fahnen wieder erhalten sollen. Wie wenig aber das geeignet ist, das Geschehene gut zu machen, wie wenig damit unserm verletzten Rechtsbewußtsein Genugthuung wird, wie wenig dadurch nach Allem, was geschehen, die Gemüther beruhigt werden können, leuchtet ein. Zudem ist man hier entschieden, Schleswig nie im Stich zu lassen und alle den Holsteinkern allein gemachten Geschenke, weil sie die Absicht haben, das Band mit Schleswig zu lösen, nur mit äußerstem Mißtrauen anzunehmen.

Österreich.

Wien, 18. August. (N. Z.) An der diesjährigen Inspicirung unsers Bundescontingents wird der Prinz Johann von Sachsen, eingelassenen Meldungen aus Dresden zufolge, nicht theilnehmen. Der Ankniff Sr. königl. Hoh. des Prinzen von Preußen sieht man gegen den 20sten d. M. entgegen; die von ihm geleitete Truppenmusterung wird bei Ulm den Anfang nehmen, und erst nach Abbruch des Lagers auf dem Marchfelde hier wird der Prinz sich zur zweiten Truppenabtheilung nach Prag begeben.

Russisches Reich.

Von der polnischen Grenze, Mitte August. (H. C.) Man will wissen, daß durch die Anwesenheit einer hohen Person in St. Petersburg die Auffassung mancher Verhältnisse in ein anderes Licht gestellt worden ist, und man bringt mit dieser längst verabredeten Wendung das Gerücht einer Zusammenkunft in Verbindung, die wichtige Folgen haben kann.

Die Allg. Zeitg. theilt ein interessantes Aktenstück, einen Aufruf des russischen Oberbefehlshabers im Kaukasus aus dem Jahre 1844, mit. Nachdem darin auseinandergesetzt worden, daß das russische Heer lediglich zur Befreiung der Bergvölker von dem Joche Schamyls gekommen, den Unterwürfigen die Aufrechthaltung ihres Glaubens und ihrer Gebräuche auf ewige Zeiten zugesichert, den Widerstreblichen aber mit den härtesten Strafen gedroht worden, schließt das Aktenstück, wie folgt: „Ihr Völker der Tschetschina und des Daghestan! Dieses Jahr wird sich euer Schicksal entscheiden; es hängt von euch selber ab, wählt: wenn ihr euch freiwillig der rechtmäßigen und segensbringenden russischen Herrschaft unterwerft, so wird euch die unaussprechlich große Gnade des Kaisers, unseres Herrn, dadurch zu Theil, welcher für das Glück und die Wohlfahrt aller Seiner Unterthanen gleich bedacht ist; wosern ihr aber hartnäckig in eurem Irrwahn beharrt, und euch feindlich unseren Reichen gegenüberstellt, so werdet ihr mit Schamyl einerlei Strafe anheimfallen und zerrissen werden von den Klauen des furchtbaren russischen Adlers, welcher zu gleicher Zeit da erscheint, wo die Sonne aufsteht und wo sie untersteht ins Meer, und welcher den Kasbek und Elborus überfliegt, als ob es nur ganz kleine Berglein wären. Tiflis, 2. April 1844.“

Frankreich.

Paris, 19. August. — Gestern fand das große Bankett statt, das die Societe der Deconomisten in Verbindung mit mehreren Pairs, Deputirten, Kaufleuten und sonstigen Notabilitäten der höheren Bürgerklassen dem berühmten Gründer der englischen Antiforgesees-League, Hrn. Richard Cobden, zu Ehren gab. Herzog v. Harcourt, Pair von Frankreich und Präsident des jüngst erstandenen Freihandelsvereins, führte den Vorsitz; ihm gegenüber saß Hr. Horace Say, einer der Vicepräsidenten der ökonomischen Gesellschaft; rechts vom Präsidenten saß der Gefeierte Herr Cobden. Der erste Toast, den Herzog Harcourt bei Tisch ausbrachte, galt „dem Könige!“ Der zweite, den Herr Horace Say ausbrachte: „dem Herrn Richard Cobden!“ Hr. Cobden dankte in einer langen, tiefdurchdachten, vorzuefflichen Rede, die er mit dem schönen Drinksprüche schloß: „Auf die Vereinigung aller Völker!“ Graf

von Harcourt trank dann auf die „Freiheit des Waaren-Austausches!“ Michel Chevalier „auf das Emporblühen der französischen Industrie!“ Herr Anisson Duperron auf die „Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse!“ Friedrich Bastiat „Auf das Wohl der Vertheidiger des Freihandels im Schooße der Deputirten- und Pairskammer!“ Hr. Sontepaub brachte den „Gründern der national-ökonomischen Gesellschaft“ eine Gesundheit aus; Joseph Garnier der „Association in Bordeaux“; Hr. Riglet dem „Pariser Freihandels-Verein!“; Herr Blanqui „dem Frieden!“ und Herr Drolan im Namen der Rechtswissenschaft: „dem Freihandel!“ Somit wäre denn das erste öffentliche Lebenszeichen einer Association gegeben, die sich eine große Zukunft verspricht. Wird sie selbige haben? Raum läßt sich daran zweifeln.

Man berichtet, eine Anzahl von conservativen Deputirten habe sich zu den Ministern Guizot und Duchatel begeben, und sie gebeten, einen Gesetzesvorschlag wegen Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Capacitäten (Supplementaristen der Jury) noch in dieser oder zu Anfang der Winteression vorzulegen, um damit den Vorwurf, die Conservativen seien nicht für den Fortschritt, zu entkräften. Herr Guizot habe sich ihrem Verlangen beifällig gezeigt, allein Herr Duchatel, der praktische Mann des Cabinets, sie kurzweg abgewiesen.

Joseph Henry ist heute aus der Conciergerie in das Gefängniß des Luxemburg gebracht worden. Aus dem Bericht des Untersuchungsrichters erfährt man nichts Neues über Henry, als was man früher schon aus den Journalen wußte. Eine Art Monomanie Aufsehen zu machen und die damit gewöhnlich verbundene Ueberspannung und Gereiztheit leuchten aus allen seinen Worten und Handlungen hervor; er selbst weiß das Vertheidigungsmittel der Verrücktheit stets mit Verachtung zurück.

Nach den Gewaltmaßregeln, die die Militärbehörde in Algier gegen die dortige Tagespresse ergreift, zeigt die France algérienne ebenfalls an, daß sie ihr ferneres Erscheinen einstelle, bis die Regierung eine geregelte Pressgesetzgebung für Algier erlassen werde. Es erscheinen jetzt also in Algier nur noch zwei Blätter und eins in Dran.

Der König hat durch speciellen Befehl angeordnet, daß die sterblichen Reste des Marshalls Balle in dem Grabgewölbe der Invalidenkirche beigesetzt werden sollen.

Es ist gestern hier eine neue Broschüre erschienen, die bedeutendes Aufsehen macht, und deren erste Auflage in 24 Stunden verkauft war; sie führt den Titel: „Les 104 pechés de Mr. Thiers, les 10 vertus de Mr. Guizot, les 100 nouveaux députés et la session actuelle de 15 jours.“

Großbritannien.

London, 18. August. — Die gestrige Debatte im Unterhause über die Krakauer Vorfälle hatte ein viel schärferes Gepräge als die Debatte, welche vor einigen Tagen im Oberhause über denselben Gegenstand stattgefunden hat. Einestheils trug dazu bei die entschiedenere Ausdrucksweise Lord Palmerston, der als Organ der Regierung auftrat, andernteils der Umstand, daß Hr. Hume, der Antragsteller, seine Motion (Vorgelegung der betreffenden Documente) an die schon vor zehn Jahren auf Betrieb der Schutzmächte stattgehabte Zurückweisung des für Krakau ernannten oder zu ernennenden britischen Consuls geknüpft, also von vorn herein darauf hingewiesen hatte, daß die durch den Wiener Vertrag gewährleistete Unabhängigkeit Krakaus nicht erst seit den letzten Vorfällen mehr bestehe. Hr. Hume verlangte, England solle das ganze Verhältniß aus dem Gesichtspunkte einer Politik im großartigen Sinne auffassen. Die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Krakaus sei durch den Wiener Vertrag gewährleistet, England sei einer der Garanten dieses Vertrages, es sei daher verpflichtet, seiner Garantie Nachdruck zu verschaffen. Lord Palmerston sprach im Wesentlichen Folgendes: „Nichts kann einem Manne von Gefühl schmerzlicher ein, als Diskussionen über polnische Angelegenheiten, denn sie betreffen ein großes und edles Volk, welches in früheren Zeiten eine hervorragende Stelle in der europäischen Völkergemeinde eingenommen hat und allmählig von den Nachbarvölkern absorbiert worden ist. Aber die Ereignisse, auf welche diese Erinnerungen Bezug haben, sind jetzt Gegenstände der Geschichte und was auch die Bestrebungen derjenigen sein mögen, die jenem Volke selbst angehören und im Rückblick auf den alten Ruhm ihres Landes es für möglich halten, daß die Zeit zur Wiederherstellung der alten Nationalität Polens komme, so können doch wir, die wir Mitglieder dieses Hauses sind und die Tractate und Verpflichtungen kennen, welche die europäischen Mächte unter einander verbinden, nicht weiter zurückgehen, als bis zum Wiener Vertrag; aber bis auf diesen Vertrag zurückzugehen, sind wir berechtigt und auf diesem Vertrage wollen wir unsern Stand nehmen.“

(Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung.)

(Hört!) Was die spezielle Motion meines ehrenwerthen Freundes betrifft, so kann ich derselben meine Zustimmung nicht geben; die Sache ist zehn Jahre alt und schon damals habe ich im Allgemeinen erklärt, warum die Regierung, mit Rücksicht auf die damaligen Zeitumstände und auf die unter den Mächten, welche den Wiener Vertrag unterzeichnet haben, bestehenden Meinungs-Verschiedenheiten, von der Anstellung eines Consuls abzusehen sich veranlaßt gefunden hat. Die Sache ist zu alt, ihre Wiedererweckung würde den Interessenten schaden können, welchen der ehrenwerthe Herr (Hume) dienen will und überdies muß ich gestehen, daß mir die Anstellung eines Consuls in Krakau nicht die Bedenklichkeit zu haben scheint, welche man ihr beilegen will. Ob der Wiener Vertrag durch irgend eine der europäischen Mächte verletzt worden ist oder nicht, hat mit der Anstellung eines Consuls in Krakau nichts zu schaffen, welche letztere höchstens dazu hätte dienen können, ausführliche Berichte über die letzten Vorfälle zu Tage zu fördern; dieser Berichte giebt es aber leider schon genug, um die Existenz und den Charakter jener Vorfälle außer Zweifel zu stellen. Auch bin ich bereit, dem Hause denjenigen Theil der auf dieselben bezüglichen diplomatischen Correspondenz vorzulegen, welcher bereits dem Oberhause vorgelegt worden ist. Was aber den Wiener Vertrag betrifft, so muß ich erklären, daß es unmöglich ist, in Abrede zu stellen, daß der Wiener Vertrag durch die neuesten Ereignisse verletzt worden ist. (Hört!) Der Wiener Vertrag ist in Bezug auf Krakau unzweideutig. Der Tractat erklärt ausdrücklich, daß die Republik Krakau ein freier und unabhängiger Staat sein solle, und diese Bestimmung haben nicht Oesterreich, Rußland und Preußen allein, sondern Großbritannien und Frankreich und alle andern Unterzeichner des Wiener Vertrages anerkannt. Man sah indeß ohne Zweifel ein, daß ein solcher kleiner, zwischen große und mächtige Staaten mitten hineingelegter Staat des Schutzes bedürfte und im Interesse von Krakau wurde daher dasselbe unter den gemeinsamen Schutz von Rußland, Preußen und Oesterreich gestellt und zwar in der Absicht, daß ihre unter einander streitenden Interessen eine wirksame Garantie für die Unabhängigkeit des kleinen Staates bilden sollten. Nichts ist daher klarer, als daß der Wiener Tractat den drei Mächten die Pflicht auferlegt, die Unabhängigkeit Krakaus zu schützen, sie aber in keiner Weise berechtigt, dieselbe zu gefährden, oder gar umzustürzen. Andererseits aber hat auch Krakau zugleich mit den Rechten eines unabhängigen Staates die Pflichten eines solchen übernommen, insbesondere die Pflicht, keine den Nachbarn gefährliche Verbindungen in seinem Schooße zu dulden und die Ueberzeugung von der Existenz solcher Verbindungen, welche den Zweck hatten, die polnischen Provinzen der drei Mächte zu insurgiren, hat den drei Schutzmächten ohne Zweifel die Veranlassung zu ihrem Verfahren gegen den Freistaat dargeboten. Die Regierung von Krakau fürchtete, daß die Pläne der Verschworenen auch die Ruhe Krakaus gefährden möchten, und wandte sich daher an eine der Schutzmächte um militärischen Beistand. Ob, da der Wiener Vertrag einen solchen Fall nicht ausdrücklich vorgesehen hat, der Einmarsch der Oesterreicher auf Verlangen der Regierung von Krakau eine Verletzung des Vertrages ist, mag einige Schwierigkeit der Entscheidung darbieten, doch bleibt das ohne Einfluß auf die vorliegende Frage. Denn die österreichischen Truppen zogen sich plötzlich wieder aus Krakau heraus; warum? Das ist nie gehörig erklärt worden. Die Regierung zog mit den Truppen ab, es bildete sich eine provisorische Regierung, nachdem diese beseitigt worden war, zogen die Truppen der drei Schutzmächte von Neuem in die Stadt, und wenn jetzt, obgleich alle Ursachen der Ruhestörung beseitigt sind, die Oesterreicher dennoch Krakau ferner besetzt halten und die Schutzmächte keine Anstalt machen sollten, die Unabhängigkeit Krakaus, den Bestimmungen des Wiener Vertrages gemäß, wiederherzustellen, so läge darin eine directe Verletzung des Vertrages, die aber, wie ich hoffe, nicht von den Schutzmächten beabsichtigt wird. (Hört!) Ich habe von dem Gerechtigkeitsgefühl derselben eine große Meinung und bin überzeugt, sie werden einsehen, daß man den Wiener Vertrag, wie jeden andern, als ein Ganzes betrachten müsse, und daß es keiner der bei demselben beteiligten Regierungen gestattet sein könne, aus dem Vertrage einerseits die Artikel auszuwählen, welche sie geschlossen ist, zu verletzen. Ferner muß ich sagen, daß, wenn irgend eine Macht dabei interessiert ist, daß der Wiener Vertrag unverletzt bleibe, dies die deutschen Mächte sind, deren Schaffung es nicht entgangen sein kann, daß wenn der Wiener Tractat an der Weichsel nichts gilt, er eine eben so geringe Bedeutung am Po und am Rheine haben muß. (Hört!) Ich bin daher überzeugt, daß

nicht nur ihr Gerechtigkeitsgefühl, sondern auch ihr eigenes Interesse jene Mächte zu der Einsicht führen wird, daß der Wiener Tractat als ein Ganzes respectirt, und daß dieses Ganze in allen seinen Theilen geachtet werden muß. (Hört!) Auch gebe ich dem Hause die Versicherung, daß von Seiten der Regierung Ihrer Maj. nichts veräußert werden wird, daß jenen Mächten alle erforderlichen Argumente vorgelegt werden sollen, um sie zu veranlassen, jenen Weg einzuhalten, wenn es anders dazu der Argumente noch bedarf."

Nach amtlichen, dem Parlamente mitgetheilten Berichten wurden im vorigen Jahre in Irland etwa 185,430 Irl. für den Ankauf und die Vertheilung von Mais, 67,911 Irl. für Schenkungen zur Beihilfe der Unterstützungs-Commissionen, 452,727 Irl. für öffentliche Arbeiten, wovon die Hälfte, und 135,536 Irl., welche ganz zurückgezahlt werden müssen, zusammen 852,481 Irl. ausgegeben, so daß, wenn jene zurückzahlenden Gelder abgezogen werden, gegen 500,000 Irl. von der Regierung zur Abhilfe der Noth verwendet wurden.

Der Standard, der aus Haß gegen die Fabrik-Bourgeoisie die Sache der Arbeiter in Händen nimmt, veröffentlicht heute den Wortlaut der Beschlüsse, die einstimmig in einer Versammlung der bedeutendsten Baumwollspinner und Cattunfabrikanten von Blackburn am 8. August gefaßt wurden, und wonach den Arbeitern dieser Fabriken am 7. d. M. angezeigt werden sollte, daß vom 21sten an nur noch von Dienstag bis Freitag, also nur vier Tage wöchentlich, gearbeitet werden würde und wonach ferner die sämtlichen Baumwollfabrikanten des umliegenden Bezirks zu gleichem Verfahren aufgefordert werden sollen. (Nach diesen Beschlüssen läßt sich am Herannahen einer schweren Handels-Conjunctur nicht mehr zweifeln; denn nur die dringendste Nothwendigkeit, d. h. die gänzliche Ueberfüllung aller Märkte kann den Fabrikanten zu dieser freiwilligen Hemmung seiner Production und Sifirung seiner kostspieligen Maschinen bewegen.)

Smith O'Brien, der Führer von Jung-Irland, hat an den Republiken einen sehr scharfen Brief ergehen lassen, worin er gegen die in letzter Sitzung desselben angenommenen Beschlüsse gegen die „Nation“ sehr entschieden Protest einlegt und dabei O'Connell's Benehmen herb tadelt.

Italien.

Rom, 9. August. (Rh. B.) Es ist ein großer Irrthum, zu glauben, daß der Papst Alles thun könne, was er wolle, denn die eigentliche Gewalt befindet sich in den Händen der Cardinäle, da nach den Konstitutionen der Päpste alle geistlichen und weltlichen Angelegenheiten von einigem Belang durch die betreffenden Kongregationen der Cardinäle geprüft werden müssen, bevor sie dem Papste zur Entscheidung vorgelegt werden; und da der Papst bei der großen Menge von Gesuchten nicht Alles mit eigenen Augen sehen kann, so muß er nothwendig in den meisten Fällen dem Urtheile der Kongregationen beipflichten. Cardinal Gizzi ist ein sehr scharfsinniger Staatsmann, um nicht einzusehen, daß wenn das heil. Kollegium ihm heimlich den Krieg machen will, er mit allen seinen Talenten nicht dahin kommen wird, seine Ideen zur Verbesserung der Staatsverwaltung durchzuführen. Man darf sich daher nicht wundern, wenn der Cardinal Gizzi, kaum zum Staatssekretär ernannt, schon den Wunsch hegt, von seinem Posten entbunden zu werden. Pius IX., ein Mann von festem Willen, möchte aber nicht bei den ersten Schritten seiner Regierung durch den Widerstand des heil. Kollegiums sich irre machen lassen, und besteht daher mehr als je darauf, daß Cardinal Gizzi Staatssekretär für das Innere und Äußere bleibe. Jedermann ist begierig, wie dieser Kampf zwischen dem neuen Papste und dem heil. Kollegium enden wird. Leider kommt die unvorsichtige Eitelkeit der französischen Presse dem heil. Kollegium trefflich zu statten. Denn da die Pariser Blätter und namentlich das Journal des Debats und La Presse die politische Richtung, welche Pius IX. eingeschlagen hat, lediglich dem Einflusse und der Eingebung der französischen Diplomatie zuschreiben, so bestrebt sich die Rückschrittspartei der Cardinäle, die Meinung zu verbreiten, der Papst stehe unter der Vormundschaft des Grafen Rossi. Und um den Papst selbst einzuschüchtern, hat man in mehreren Städten dreifarbigte Kokarden in den Gassen austheilen lassen, unter dem Vorgeben, es sei durch französische Emisäre unter dem Vorgeben, die das Volk bearbeiten wollten, sich unter französischem Schutz zu stellen. Dagegen hat die liberale Partei die drei Farben des Familienwappens Pius IX. (roth, gelb und weiß) als Kokarde angenommen, und eine Menge junger Leute trägt dieselbe im Knopfloch. Freilich sind die Liberalen unvorsichtig genug, durch Flugschriften und beißende Satyren die Glieder der vorigen Regierung noch mehr zu reizen und zum Widerstand gegen die von Pius beabsichtigten Verbesserungen anzuapornen. Sowohl der Papst

als der Cardinal Gizzi möchten besänftigend dazwischen treten, und man konnte deutlich bemerken, daß der Papst am 31. Juli, als er dem Feste des heil. Ignaz von Loyola in der Jesuitenkirche bewohnte, die Mitglieder der Gesellschaft Jesu auf die ausgezeichnetste Art behandelte; denn als er nach dem Hochamte in das Innere des Klosters trat, um die Glieder des Ordens zum Fußkuss zuzulassen, sagte er dem Ordensgeneral Pater Rothan ganz laut, so daß alle Umstehenden es hörten: Wir haben immer Ihren Orden hochgeehrt und hoffen, in der Zukunft unsere Achtung immer mehr gerechtfertigt zu sehen. Augenscheinlich wollte dadurch Pius IX. den in Rom so mächtigen Orden für sich gewinnen. — Man spricht wie immer von vielen Reformen, die im Werke sein sollen: Sicher ist die Verabschiedung der Schweizerregimenter, gegen welche überall das Volk immer mehr erbittert wird. Die übrigen Reformen werden davon abhängen, ob der Papst und Cardinal Gizzi ihre eigenen Ideen dem heiligen Collegium werden aneignen können, da bis jetzt Alle, mit Ausnahme des Cardinals Micara, der Neuerungssucht des Papstes und des Cardinals Gizzi entgegenarbeiten. Selbst die Gemäßigten, welche die Ernennung Pius IX. bewirkten, schütteln bedenklich den Kopf, aus Furcht, der Papst werde Hoffnungen erwecken, die er später nicht erfüllen könne. Sie bringen daher in ihn, er möge durch ein besonderes Manifest erklären: So weit werde ich gehen, aber nicht weiter. Cardinal Gizzi soll bereits mit Abfassung eines solchen Manifestes beschäftigt sein.

Rom, 11. August. (N. R.) So eben wird mir von sicherer Hand die Kunde, daß der römische Staat, der unter Pius IX. weiser und trefflicher Leitung mit jugendlicher Kraft aus dem Schutte der Vergangenheit emporsteigt, in der nächsten Zeit einem Stöße entgegensehen darf, welches den Uebergang zur Mündigsprechung des Volkes, zu einer frei aus dem inneren Leben sich hervorhebenden zeitgemäßen Verfassung bilden wird. Es ist die Begründung einer durch gewählte Kollegien gebildeten Municipalverfassung, welche nicht allein in Rom, sondern in allen Städten und Provinzen des gesammten Kirchenstaates eingeführt werden soll. Mit Recht betrachtet ganz Italien Pius IX. als den Begründer einer neuen Ära, der wie durch einen Zauberschlag das Gefühl der Einheit und der Nationalität in's Leben rief, den kastenmäßigen Zank und Hader einzelner Ortsschaften beendigte und das Volk das einzige große und würdige Ziel des gemeinsamen Strebens erkennen ließ. Alles ist begeistert für ihn und erhebt ihn in den Himmel. Daher verdienen denn auch die vor Kurzem von ausländischen Zeitungen berichteten und mit einer gewissen Wichtigkeit hervorgehobenen Nachrichten über gewisse reaktionäre Tumulte, die an einigen Orten im Kirchenstaate vorgefallen, keine besondere Berücksichtigung, da diese nichts Anders waren, als ohnmächtige Versuche der Gegenpartei, um Se. Heiligkeit von der Ausführung seiner großartigen Ansichten abzuhalten und zur Wiederaufnahme des zum Glück des Staates zurückgelegten alten Systems zu nöthigen. Glücklicherweise scheiterten diese, durch bedeutende Geldspenden von einigen Häuptern der Gegenpartei bewirkten Unternehmungen an der Festigkeit seines auf tiefen Gründen beruhenden Willens; zugleich aber war es seiner Wachsamkeit und den geheimen, aber trefflichen Anstalten gelungen, jenen Ränken auf die Spur zu kommen und die Häupter, die sie veranlaßt, zu entlarven.

Osmänisches Reich.

Konstantinopel, 12. Aug. (Oesterr. B.) Der Urheber des Mordattentats mit der Höllemaschine gegen den Fürsten von Samos ist noch am Tage des Mordversuchs selbst entdeckt und festgenommen worden. Einer erst unlängst eingeführten Polizeiordnung zufolge, befindet sich auf den Miethkähnen der Name des Ankerplages, wo sie ihren gewöhnlichen Standort haben, angeschrieben. Der Kahn, mit welchem der Mörder auf den Quai von Kuruschesme gekommen war, gehörte, wie Anwesende gesehen hatten, nach einem der Landungsplätze von Galata. Dadurch war den verfolgten Polizeikavassen eine bestimmte Richtung gegeben. Eine Schaluppe wurde bemannt, stieß in den Bospor und überholte im Hafen einen Kahn, dessen Führer mit aller Anstrengung getrachtet hatte, sich dem Bord eines griechischen Kauffahrers zu nähern, dann aber sich gegen das Ufer bei Galata, unter der Menge anderer dort ankernder Raiffe, bewegte. Als die Schaluppe nahe heran kam, sprang der verfolgte Thäter aus seinem Raif in ein anderes, und von diesem wieder in ein zweites, bis er ans Ufer gelangte, wo er dann schnell einer der griechischen Kirchen von Galata zuflüchtete. Da die Kavasse dicht hinter ihm her waren, so änderte er zu verschiedenenmalen die Richtung seines Laufes, und verschwand in einem der vielen Gäßchen und Winkel dieser Vorstadt ihren Blicken. Es wurde nun, um ihn zu fassen, zu einem regelmäßigen Operationsplane geschritten. Die Gruppe von Häusern, in der

sich der Verbrecher befinden mußte, wurde von der Polizei umzingelt und eine sorgfältige Nachsuchung gehalten, die dann auch zu seiner Haftnahme führte. Nachdem die Kavasse sich seiner bemächtigt und die Papiere, die er bei sich trug, verwahrt hatten, wurde er zum nächsten Hauptwachposten gebracht. Der Verbrecher heißt Stammatiadi, ist aus Samos gebürtig, und befindet sich gegenwärtig in den Gefängnissen des Arresthause. — Der Sultan, dem die Höllemaschine zur Besichtigung gebracht werden mußte, ließ sich sehr theilnehmend durch einen seiner Kammerlinge nach dem Befinden des Fürsten von Samos erkundigen, und gab seine Zufriedenheit mit dem dienenden Polizeipersonale durch ein an dasselbe zu vertheilendes Geschenk von 120,000 türkischen Piastern zu erkennen.

Miscellen.

* Frankfurt a. M., 20. August. — Den ursächlichen Zusammenhang der unglücklichen Ereignisse zu ermitteln, die sich am letztverwichenen Sonntage auf der Main-Neckar Eisenbahn zutrug und wobei bekanntlich ein Menschenleben zu Grunde ging, ist sofort ein peinliches Gerichtsverfahren eingeleitet und dem Schöff und Syndicus Stark, als Mitglieder des Criminalgerichts, das Referat in der Sache übertragen worden. Der Locomotivführer des abendlichen Dampfzuges befindet sich einstweilen in Untersuchungshaft; doch scheint er kaum zurechnungsfähig zu sein, da er mit Kurzsichtigkeit behaftet ist, sohin die Schuld an demjenigen liegt, die ihm einen Posten anvertrauten, ohne vorher zu untersuchen, ob er auch nur physisch befähigt sei, demselben vorzustehen. Als Motiv seiner Anstellung aber bezeichnet man des Mannes Familienverhältnisse, da er unvermögend und Vater von zehn Kindern sein soll, seine Moralität aber vollkommen unbescholten ist. Den Locomotivführer des ersten Wagenzuges trifft dagegen keinerlei Vorwurf, da er bei der Abfahrt von Darmstadt der vorgesetzten Behörde bemerkte, daß die Maschine schadhaft sei und er daher Anstand nehme sich mit derselben auf die Reise zu begeben, wozu ihn jedoch ein peremptorischer Befehl nöthigte. — Als Sicherheits-Maßregel für die Zukunft ist nunmehr eine weithin schallende Glocke etwa 2000 Schritte von dem gefährlichen Punkte aufgestellt worden, wo sich die Unglücksfälle ereigneten, um die Locomotivführer zu warnen bei Zeiten zu stoppen und dem Laufe des Wagenzuges Einhalt zu thun. Auch soll der Erdwall, der den Sturz der Locomotive in die Tiefe verhinderte, erhöht und breiter gemacht werden.

Löbau. Am verg. Sonnabend, den 15. d. M., ereignete sich wieder in Löbau der traurige Unfall, daß in dem zum Bau des Löbau-Zittauer Eisenbahnhofs errichteten Pferdeschacht durch das unvorhergesehene Einstürzen einer nur 3½ Ellen hohen Erdwand 4 Arbeiter verschüttet wurden, wovon 3 auf der Stelle todt blieben, der 4. aber bedeutend am Fuße und an den Hüften verwundet ist. Die erstgenannten 3 Arbeiter, aus der Löbauer Umgegend, wurden am 18. früh 11 Uhr feierlich unter Begleitung sämtlicher dort beschäftigten Eisenbahnarbeiter zur Erde bestattet.

Schlesischer Novellen = Courier.

Breslauer Communal-Angelegenheiten.

Breslau, 23. Aug. (Töchter Schule.) Die Gründung einer zweiten Töchter Schule scheint nun bald vor sich gehen zu sollen, indem der Magistrat in der letzten Sitzung der Stadtverordneten die Erklärung gegeben, daß zur Beschaffung eines Grundstücks für die zu errichtende zweite Töchter Schule mit dem Vorsteher-Amt des Hospitals zum heiligen Grabe wegen Verkaufswert dieses Hospitals Unterhandlungen gepflogen worden, die um so eher zum Ziele führen dürften, als das Hospital in das in der Schweidnitzer Vorstadt vom Vorsteher-Amt acquirierte Grundstück verlegt wird.

(Sparkasse.) Das Sparkassen-Curatorium hatte bei dem Magistrat den Antrag gestellt: die Sparkasse zu autorisieren, die Kassenbilletts des aus 20 der ersten Firmen gebildeten Kassenvereins als Valuta annehmen und wieder ausgeben zu dürfen. Der Magistrat hiermit einverstanden, ersuchte die Versammlung um Zustimmung, welche gewährt wurde. Die Nachträge zum Sparkassen-Institute 1) in Betreff der Erhöhung des Zinsfußes von 3 auf 3½ pCt. vom 1. Juli d. J. ab, und 2) in Betreff der Annahme der Einlagen auch in den Monaten Juni und December, wurden ebenfalls genehmigt.

(Straßenregulirung.) Zur Verbreiterung der Straße am Dörfner, welches zum Kaufmann Lübbert'schen Hause in der Langengasse gehört, ist dem Besitzer für Abtretung von 1217½ Quadratfuß zur Verbreiterung der Straße, die Pflasterung des Bürgersteiges an der Staketerie hin aus Communal-Mitteln zugesichert worden.

(Pflasterung.) Dem Referenten wurde von einigen Bürgern mitgetheilt, daß es aus verschiedenen Gründen wünschenswerth sei zu wissen, wer von den

Steinsehmestern die Pflasterung dieser oder jener Straße ausführe. Wir kommen dem Wunsche nach und theilen hier mit, daß durch Zuschlag dem Steinsehmester Köhler die Pflasterung des westlichen Theils der Tauenzienstraße übergeben worden ist.

(Pferdebahn.) Im October vorigen Jahres wurde der Versammlung das Projekt einer Pferdebahn, welche den niederschlesisch-märkischen mit dem ober-schlesischen Bahnhofe verbinden soll, vorgelegt. Drei Bahnlösungen waren proponiert und die Versammlung entschied sich aufs Bestimmteste für die dritte Linie außerhalb der Vorstadt, indem für diese Bahnlinie die triftigsten Gründe, welche wir damals auch in den Zeitungen mitgetheilt haben, hervorgehoben wurden. In der letzten Sitzung wurde nun von einigen Mitgliedern die Mittheilung gemacht, daß nach Ausweis der begonnenen Vorarbeiten zur Herstellung jener Bahn, nicht die von den städtischen Behörden proponierte und genehmigte Richtung, sondern die im Projecte verzeichnete krumme Linie gewählt worden sei. Die Versammlung ersuchte den Magistrat, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß diese zweite Linie für die Verbindungsbahn nicht zur Ausführung gelangt.

(Pachhof.) Bei der Berathung über die Verpachtungsbedingungen des in der Nikolai-Vorstadt gelegenen städtischen Pachhofes wurde beantragt, den Pachhof durch Hinzunahme der an demselben hinlaufenden Straße zu erweitern, so daß von der Straße nur ein Communicationsweg für Fußgänger an der Oder und zu und aus dem Hospitalhofe zu gelangen, bliebe, die Fahrbahn aber in gerader Linie in den Pachhof einmündet. Die Versammlung gab hierzu ihre Zustimmung.

(100 Rthlr. Prämie.) Der Magistrat machte der Versammlung den Vorschlag, zur Abschreckung der Brandstifter, demjenigen, der einen solchen Verbrecher entdeckt, so daß eine Ueberführung und Strafe erfolgt, eine Geldprämie von 100 Rthlrn. zuzusichern. Die Versammlung gab hierzu ihre Zustimmung und wird wohl nächstens durch die Behörde eine öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

(Wahlen.) Gewählt wurden als Bezirks-Vorsteher für den Barnherzigen-Brüder-Bezirk der Gastwirth B. Wenzke, für den Albrechts-Bezirk der Kaufmann Gustav Pohl, für den Antonien-Bezirk A. Jänsch, für den Vincenz-Bezirk wurde der bisherige Vorsteher J. Melzer wiedergewählt, für den Bischofs-Bezirk wurden als Schiedsmann der Kaufm. Sommerbrodt und als Mitglied der Forst- und Dekonomie-Deputation der Stadtverordnete Ackermann gewählt.

Tagesgeschichte.

* Breslau, 23. August. — Zum bevorstehenden Landtage finden in folgenden Städten neue Wahlen statt: in Glogau, Hirschberg, Wohlau, Dels, Brieg, Breslau (zwei Abgeordnete statt der ausscheidenden Herren Milde und Klocke; wie wir vernehmen, ist der Wahlactus für Donnerstag den 27. Aug. bestimmt), Grünberg, Reiffe, Görlitz, Lauban (hier hat die Wahl schon stattgefunden und ist auf den Hrn. Synibikus Neitsch gefallen), Jauer und Gleiwitz.

Breslau. (Amtsbl.) Des Königs Majestät haben durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 24. April c. den Geheimen Regierungs-Rath Herrn von Schweinitz seinem Antrage gemäß, aus seiner bisherigen amtlichen Stellung als Direktor der Ritter-Akademie zu Liegnitz zu entlassen, und mittelst Allerhöchster Ordre vom 20sten Juni c. den Major Herrn Grafen von Bethusy zum Direktor der gedachten Ritter-Akademie zu ernennen geruht, worauf Lekturer am 13. d. Mts. durch unsern hierzu beauftragten Departements-Rath, Herrn Consistorial- und Schulrath Menzel in dieses Amt eingeführt worden ist.

Der zeitherige Lehrer an der evangelischen Schule zu Kobornitz, Gürtler, ist als evangelischer Schullehrer zu Ober-Weilau, Reichenbachschen Kreises, der interimsistische Schullehrer Geilke zu Domnowitz, Trebnitzschen Kreises, als evangelischer Schullehrer daselbst definitiv, und der zeitherige Schul-Adjutant Rieger als evangelischer Schullehrer zu Hennigsdorf, Trebnitzschen Kreises, angestellt worden.

* Hirschberg, 23. August. — Die Klagen der Kaufleute in Betreff der Uebergriffe der Seehandlung in den Geschäftsverkehr jener sind bekannt, und wiederholen sich ununterbrochen. In unserer Gegend sind dieselben nun namentlich gegen die Thätigkeit der großartigen Erdmannsdorfer Etablissements der Seehandlung gerichtet. Heut fand in dieser Beziehung hier eine Versammlung der Landeshüter, Greifentherger, Laubaner, Markliffaer und hiesiger Leinwand-Kaufleute statt, um eine Adresse an die Seehandlung vorläufig zu berathen. Die Kaufleute behaupten, daß sie bei der sich immer mehr ausdehnenden Thätigkeit der Erdmannsdorfer Fabrik so wie deren, mit dieser geschäftsverwandten, nicht im Stande wären bei ihren Privatmitteln mit einigem Erfolge ihren Beruf fortzusetzen. Zu den Klagen der Kaufleute gesellen sich die der Bleicher, die bisher, zum

Theil wenigstens von Erdmannsdorf aus Beschäftigung erhielten, was aber wegfallen wird, sobald die mit der Fabrik in Verbindung stehende Bleiche in vollem Betriebe ist. Die Weber klagen, theils weil sie entlassen sind, theils weil sie zu gering belohnt werden. Es ist nichts als eitel Klage. Seit etwa acht Tagen haben sich die Kartoffelfeuzer etwas gemildert, nachdem sich dann auch Felder gefunden haben, die von der Krankheit nicht ergriffen worden sind. Die Gespräche an öffentlichen Orten bewegen sich gegenwärtig meist um Gegenstände des Communallebens, namentlich um die Defekte in der städtischen Ziegelei. Die richterliche Untersuchung ist bereits eingeleitet; man hofft daher auch ein gründliches Resultat. Uebrigens handelt es sich nicht bloß darum, daß 124,000 Ziegeln fehlen, sondern, daß die vorhandenen auch sehr schlecht sind. Die letztere Klage ist übrigens nicht neu.

Theater.

Breslau, 23. August. — Unter den wenigen Abenden dieses Sommers, an welchen unsere Oper sich einer mehr als gewöhnlichen Theilnahme zu erfreuen hatte, nimmt unstreitig der gestrige einen der ersten Plätze ein. Glücklicher Weise kamen dieser so ausgezeichneten Theilnahme eben so brave Leistungen entgegen. Mad. Küchenmeister vom großherzoglichen Hoftheater in Mannheim gab ihre erste Gastrolle als Isabella in Robert der Teufel. Die Gastin besaß eine so von der Natur wie von vortrefflicher Schule wohl ausgerüstete Stimme, welche ungeachtet des ihr vorwiegend eigenthümlichen ernsten Farbenschmelzes doch der mannigfaltigsten Coloraturen fähig ist, die von dem lispelnden Hauche der Wehmuth und Sehnsucht an, bis zu den Ausprägungen der energischer sich kundgebenden Seelenzustände nur irgend bedingt werden können. Die der Darstellerin sonst zu Gebote stehenden Mittel sind nicht minder achtenswerth, und ihr Gastspiel ist somit eine nur erfreuliche Erscheinung. Ihren von dem Publikum bei dem jedesmaligen Auftreten bisweilen mit ausartendem Beifallssturm begleiteten schätzbaren Leistungen, reichten sich die des mitwirkenden Personals — wenn man auf die Chöre und das Blechorchester nicht näher eingehen will — in einer im Ganzen recht würdigen Weise an, so daß die Aufführung der ganzen Oper selbst eine gelungene genannt werden kann. — In den nächsten Tagen sollen Belisar und die Hugenotten unter Mitwirkung der Mad. Küchenmeister zur Aufführung kommen.

W. Utmann.

(Eingekandt.)

Steinseifersdorf bei Peterswaldbau den 23. August. — Das schwierige Problem, florentinische Strohgeflechte, sowohl in Ansehung ihrer Farbe, als auch ihrer Qualität, in hiesiger Gegend zu erzielen, ist durch so eben hieselbst in den Joost'schen Strohflechtereien angefertigte Strohgeflechte auf die befriedigendste Weise gelöst worden; wozu der als Dekonom rühmlichst bekannte Forstverwalter Herr Pfennig zu Steinseifersdorf nach sorgfältigen Versuchen mit hiesigem Weizen, eben so brauchbares als schönes Stroh geliefert hat. Gleichzeitig ist es, trotz der klimatischen Verschiedenheit, gelungen, von ausgefülltem toskanischen Weizen, ein dem ausländischen gleichgutes Stroh hier und an einzelnen andern Orten der Provinz, namentlich in Leutmannsdorf durch Herrn Oberamtmann Robelt zu gewinnen.

Breslauer Getreidepreise vom 23. August.

Beste Sorte:		Mittelsorte:		Geringe Sorte:	
Weizen, weißer	82	Egr.	77	Egr.	73
Weizen, gelber	78	"	73	"	70
Roggen	75	"	72	"	68
Gerste	52	"	48	"	44
Hafer	30	"	28	"	26
Kraut	71	"	70½	"	70

Bekanntmachung.

Wiederholt eingetretene Umstände veranlassen uns, den nach unserer Bekanntmachung vom 10. Juni c. auf den 20. September c. verlegten Prüfungs-Termin abermals anderweit anzuberaumen, so daß nunmehr die letzte auf dieses Jahr fallende Prüfung zum einjährigen Dienst am 7. October früh 8 Uhr stattfindet. Diejenigen, welche in der Prüfung bestehen, können nach ausdrücklicher Genehmigung der höhern Behörde ausnahmsweise auch noch am 8. October bei den Truppen eintreten.

Die zu Prüfenden wollen daher ihre Identität Tages zuvor Nachmittag 4 Uhr im Bureau (Friedrich-Wilhelms-Straße No. 75) nachweisen und Tages darauf zur Prüfung erscheinen.

Breslau den 15. August 1846.
Königl. Departements-Commission zur Prüfung der Freiwilligen zum einjährigen Militärdienst.
v. Mutius. Gr. Monts.

Letzte Nachrichten.

Potsdam, 23. August. — Sr. Majestät der König sind nach Muskau gereist.

Berlin, 25. August. — Der Fürst Felix von Lichnowsky ist von Ratibor hier angekommen. Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen in der Armee: Günther I., Corps-Auditeur und Justiz-Rath beim Gen.-Kommando des VI. Armee-Korps, der Char. als Ober-Auditeur ertheilt. v. Möllendorff, Gen.-Major und Komd. der 2. Garde-Inf. Brig., der St. Stanislaus-Orden 1. Klasse, von des Kaisers von Russland Maj. verliehen.

Berlin, 24. August. — Die hiesige russische Gesandtschaft hat in dem aus Petersburg angekommenen Hrn. v. Glinka einen neuen Legationsrath erhalten, welcher wahrscheinlich die wichtige Stelle des Hrn. v. Fonton einnehmen wird, dessen Abreise nach Petersburg und dann nach Wien nahe bevorsteht. Man sieht den Herrn v. Fonton ungern von hier scheiden. — Der Aeronaut Green stieg gestern Abend um 7 Uhr bei heiterem Himmel und unter Zulauf von mehr als 100,000 Berlinern in Begleitung zweier Personen mit seinem Ballon in die Höhe und kam in dem Orte Großbeeren, wo gestern der Siegestag gefeiert wurde, an welchem vor 33 Jahren das tapfere preussische Heer Berlin von einem feindlichen Ueberfall befreite, glücklich wieder herunter. Man nennt als Green's Begleiter bei dieser Luftfahrt den Grafen v. Schaffgottsch, welcher sich mit Naturwissenschaften beschäftigt, und einen Engländer Kühnel (?), den Sohn des Directors der hiesigen englischen Gas-Compagnie. — Die Berliner Zeirungen unterhalten seit Kurzem das Publikum von dem Bau einer zweiten Synagoge für die hiesige jüdische Gemeinde, wozu allerdings von den Gemeindegliedern bereits die Summe von 84,000 Thalern unterzeichnet, höhern Orts aber bis jetzt noch keine definitive Erlaubniß ertheilt ist. Man schmeichelt sich jedoch, daß letztere bald erfolgen wird. — In diesen Tagen erwartet man den Prinzen von Preußen aus Petersburg zurück. Man hofft, daß dessen Aufenthalt am kais. russischen Hofe von günstigem Einflusse für die bei dem Complotte theilhaftigen Polen gewesen sein wird.

Köln, 20. August. (D.-P.-A.-Z.) Schon seit langer Zeit wurde uns von der „Köln. Ztg.“ ein authentischer Bericht über die traurigen Vorfälle am 3ten u. 4ten d. M. versprochen, bis heute blieb es aber beim Versprechen. Wir können nur wünschen, einmal eine wahrheitsgetreue Darstellung zu erhalten, auf daß wenigstens die Nicht-Kölnler ins Klare kommen, indem in den bis dahin erschienenen Berichten die größten Widersprüche herrschen.

Halle, 20. August. (D. A. Z.) Von hier aus ist folgendes, mit Unterschriften aus allen Ständen bedecktes Schreiben „An unsere Landsleute in Schleswig-Holstein und Lauenburg“ abgesendet worden: „Theure Brüder! Schon lange folgen wir der Bewegung in euren Landen mit gespannter Erwartung, mit Besorgniß und freudiger Hoffnung. In diesem Augenblicke, wo eure theuersten Rechte durch den Offenen Brief eures Herzogs und die immer deutlicher hervortretenden Incorporationsversuche der Dänen angegriffen werden, treibt uns, unsere Theilnahme laut werden zu lassen und euch die Hand zum Bunde hinüberzureichen. Wir wissen es wohl, ihr werdet nicht weichen und nicht wanken in diesem Kampfe. Wir kennen die Kraft und die Ausdauer eures Stammes, wir vertrauen, die Nachkommen der Sachsen und Friesen werden keinen Zoll des deutschen Bodens aufgeben, so lange ein Athenzug in ihnen ist. Nicht um euch zu ermutigen, sondern damit wir nicht unthätige Zuschauer eurer Anstrengungen bleiben, rufen wir euch zu: Stehet fest im Streit bis zum Siege! Ihr habt die ganze Bedeutung dieses Kampfes begriffen. Ihr sehtet für eure, ihr sehtet für unsere Rechte. Der Mannstamm erbt in den Herzogthümern, das ist gutes klares Recht in deutschen Landen. Was sollte aus unsern Staaten werden, wenn dieses Gesetz umgestoßen würde? Müßten sie nicht bald in weiblicher Erbfolge hier an Rußland, dort an England, hier an Frankreich, dort an Portugal fallen? Gäbe es dann

noch eins unter den 34 Fürstenthümern Deutschlands, welches seines deutschen Herrscherhauses und damit seiner nationalen Stellung auch nur für ein halbes Jahrhundert sicher wäre? Ihr sehtet für eure und für unsere Verfassung. Beständen noch Gesetze und Rechte, bestände noch Freiheit in deutschen Landen, wenn ein Fürst es vermöchte, vierhundertjährige Rechte, von seinem Ahnherrn feierlich vertragen und verkündet, verbrieft und versiegelt, von allen seinen Vorgängern und von ihm selbst an Eidesstatt bekräftigt, durch seine Willenserklärung zu vernichten und durch Einen Federstrich die ewige Union eurer Landschaften, das Wahlrecht eurer Stände unter den rechten Erben Christian's des Ersten umzustößen? Könnte solche Handlung in irgend einem unserer Staaten zu Recht bestehen, wodurch unterscheiden sich unsere Verfassungen von Willkürherrschaft und Despotismus? Ihr kämpfet für eure und damit für unsere Nationalität. Wie ihr zu uns, so müssen wir zu euch gehören. Nur dann lebt eine Nation ein gesundes Leben, wenn alle ihre Glieder geeinigt sind, wenn die Kraft aller einzelnen Gebiete frei in das Ganze strömt und alle Theile von der Kraft des Ganzen belebt und getragen werden. So wenig wie euch gefallen sie uns, diese dänischen Zeichen an der Niederelbe, auf euren Straßen und Brücken, die dänische Fahne, die vor euren Reihem weht, das dänische Befehlswort, das eure Scharen lenkt, und Scham erfüllt uns, ein großes und zahlreiches Volk, wenn die Dänen von ihren deutschen Provinzen sprechen. Euch und uns hat sie keinen Segen gebracht, diese eure nun fast vierhundertjährige Verbindung mit Dänemark. Nicht eure und unsere Kriege, Dänemarks Fehden habt ihr mit eurem Blute gefochten, nicht für euch und für uns habt ihr stolze Flotten gebaut, sondern für Dänemark. Nicht für euch und für uns habt ihr gepflanzt und geerntet, gearbeitet und eingesammelt, sondern dafür, daß Dänemark im Stande war, eine täuschende und ihm selbst verderbliche Rolle, die Rolle einer Macht unter den Staaten zu spielen. Aber wenn euer Fürst über Dänemark den Herzog von Schleswig-Holstein und Lauenburg vergift, dann ist es an euch, über Deutschland Dänemark zu vergessen. Ihr kämpfet für eure Zukunft und für unsere Zukunft. Die Geschichte Deutschlands sind zunächst in eurer Hand. Wir müssen an das Meer, wir müssen auf das Meer. Wir müssen alle Glieder unsers Körpers, welche Zeiten der Schmach und der Erniedrigung von uns losgerissen haben, wieder mit uns vereinigen, wir müssen die Stämme deutscher Zunge am Oberrhein und am Niederrhein wieder zu uns zurückführen. Gebt ihnen ein großes und schönes Beispiel, zeigt euch würdig der hohen Aufgabe, die euch gestellt ist: das erste der getrennten Länder zu sein, das aus eigenem Recht und eigener Kraft zum Vaterlande heimkehrt. Tausend und aber tausend deutsche Herzen schlagen euch entgegen. Und so kämpfet denn diesen guten Kampf für das klare Recht und die alte Verfassung, für Deutschland und für die Zukunft. Haltet euch besonnen und vorsichtig, leihet der schlechten Sache eurer Feinde keinerlei Vorwand. Ihr führt heute den großen Kampf, den wir vor dreißig Jahren in heißer Feldschlacht geschlagen haben, als mehr als die Hälfte von Deutschlands Boden in Frankreich Händen war. Ihr streitet jetzt mit andern Waffen, aber der Sieg fordert darum nicht minder Anstrengung, Ausdauer, Hingebung, Aufopferung. Oftmals haben vordem eure Väter dem Schwerte der Dänen glorieich widerstanden; ihr werdet heute ihren Sophismen und Rechtsverdrungen nicht unterliegen. Aber ihr werdet auch nicht allein stehen. Es ist unmöglich, daß unsere Regierungen, zum Deutschen Bunde versammelt, die heilige Pflicht, welche sie im Grundvertrage desselben auf sich genommen: ganz Deutschland und jeden einzelnen Staat gegen jedweden Angriff und jedwede Kränkung zu schützen, verabsäumen und dem Geschick eures Landes unthätig zusehen sollten. Es ist unmöglich, daß unser deutsch gesinnter Monarch, dem vor allen andern Fürsten der Schutz der nördlichen Gebiete unsers Vaterlandes obliegt, dessen großer Ahnherr einst den Dänen erklärte, daß er ihren Angriff auf Hamburg gleich achte einem Angriff auf seine eigne Hauptstadt, bei dem Nichtigsten der edelsten Stämme des deutschen Volks theilnahmslos bleiben könnte. Wie aber auch die Loose fallen mögen, seid versichert, daß in unsern Gauen

Männer stehen, die fest entschlossen sind, mit Rath und That euch zu euren Rechten und Deutschland zu seinen Landen zu verhelfen.“ (Folgen 200 Unterschriften.)

Tübingen, 18. August. (A. Z.) Unter dem 15. d. ist ein offenes Schreiben der hiesigen Universität nach Holstein abgegangen, welches bezweckt, den dortigen Einwohnern die warme Theilnahme, die an ihrem Geschick auch hier allenthalben sich äußert, und die Freude über ihr einträchtiges und geselliges Beharren bei ihrer Verbindung mit Schleswig und mit dem Mannstamme des schleswig-holsteinischen Hauses auszudrücken. Das Schreiben ist zunächst gerichtet an die Einwohner Holsteins und seine Stände, weil Schleswig und Lauenburg bis jetzt über den „offenen Brief“ sich nicht ausgesprochen haben, schließt aber diese beiden Lande insofern mit ein, als darin die Ueberzeugung von der gleichmäßigen Erbfolgeberechtigung in den drei Herzogthümern und die Hoffnung ihrer dauernden Verbindung mit Deutschland niedergelegt ist.

Karlsruhe, 19. August. (Karlsr. Z.) In der heutigen (59.) öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer erbittet sich unmittelbar nach Eröffnung derselben der Abg. Baffermann das Wort und äußert: er habe wegen des in der 52. Sitzung durch den Präsidenten mitgetheilten Staatsministerial-Rescripts sich vorbehalten, einen Antrag in dieses Haus zu bringen. Er habe indeß den Inhalt desselben näher geprüft; derselbe sage nichts weiter, als daß wiederholten Falles die Regierungs-Commissäre den Befehl hätten, den Verhandlungen nicht beizuwohnen. Die Regierung könnte dieß thun und die Kammer werde jedenfalls eine selbstständige Berathung zu wahren haben. Einen weiteren Antrag halte er darum nicht für nöthig.

Paris, 20. August. — An der Börse war heute die französische 5 pEt. Rente etwas angeboten in Folge von Geldbedürfnissen. Die Eisenbahn-Actien hatten dagegen eine feste Haltung.

Heute fand die feierliche Beerdigung des Marschall Baze in dem Invalidendom statt. Unter den Leidtragenden im Zuge bemerkte man den Marschall Dugeaud und den Herzog von Montpensier.

Die Regierung hat die jüngsten, ihr zugekommenen, Berichte aus Tahiti bekannt machen lassen; sie sind vom 29. Januar; das Gefecht und der Verlust bei der Landung auf der Insel Waahine wird darin zugestanden; die Franzosen hatten 18 Töde und 43 Verwundete.

Die Deputirtenkammer fährt fort, sich mit Prüfung der Vollmachten zu beschäftigen; es ist noch kein Fall von besonderer Bedeutung in Anregung gebracht worden.

Madrid, 15. Aug. (D.-P.-A.-Z.) Das Journal el Popular will wissen, eine partielle Aenderung des Cabinets sei eine ausgemachte Sache und werde demnächst erfolgen. — Man spricht von einer ausgedehnten Amnestie für die spanischen Flüchtlinge. — Die neuesten Lissaboner Journale melden den Beginn der Feindseligkeiten im nördlichen Portugal im Namen Don Miguel I.

Nach dem Heraldo hätte die spanische Regierung dem Infanten Don Henrique die Weisung zukommen lassen, nach Spanien zurückzukehren.

Naag, 18. Aug. (D.-P.-A.-Z.) Ein kgl. Decret vom 15. d. M. setzt vom 6. Sept. d. J. an die sogenannten „Daalbers“ (1 fl. 50 C. oder Fünftelstück) außer Cours. — In vergangener Woche, am 13. d. M. wurden von London nach Rotterdam 80,000 Unzen Silbers in gemünztem Gelde ausgeführt.

Berlin, 24. August. — Die Fonds-Course waren wenig verändert. Mehrere Eisenbahn-Actien sind heute abermals im Preise gewichen. Berlin-Hamburg 4% p. C. 99 Br. 98 1/2 Gld. Nieder-Schles. 4% p. C. 92 1/2 bez. u. Gld. Niederschl. Prior. 4% p. C. 94 1/2 Br. Niederschl. Prior. 5% p. C. 100 1/4 Br. Ds.-Schl. Litt. A. 4% p. C. 103 1/2 Br. Ds.-Schl. Litt. B. 4% p. C. 100 1/2 Br. Cassel-Eipr. 4% p. C. 90 1/4 bez. Gdn.-Mind. 4% p. C. 94 1/2 u. 94 bez. u. Gld. Mail.-Venedig 4% p. C. 117 Br. Nordb. (Fr.-Witth.) 4% p. C. 81 1/2 — 81 bez. u. Br. Säch.-Schles. 4% p. C. 99 1/4 Gld. ungar. Central 4% p. C. 93 1/2 bez. u. Br. 1/4 Gld.

Verlobungs-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)
Die Verlobung unserer Tochter Emilie mit dem Herrn Professor Dr. Carl Eduard Meinicke aus Prenzlaw, beehren wir uns lieben Freunden und Verwandten, nah und fern, anzuzeigen, und die Verlobten wohlwollenden Aendenken zu empfehlen.
Berlischdorf im August 1846.
W. Koch und Frau.

Todes-Anzeige.
Gestern Abend gegen 11 Uhr starb unsere gute Mutter, die vermittelte Frau Kaufmann Lucia Seifner, geb. Benzonielli, im noch nicht vollendeten 67ten Jahre. Diese Anzeige, statt jeder besondern Meldung, theilnehmenden Verwandten und Freunden von ihren tiefbetrübten Kindern.
Breslau den 25. August 1846.

Theater-Repertoire.
Mittwoch den 26ten: **Er muß auf's Land.** Lustspiel in 3 Akten nach dem Französischen von W. Friedrich. Celestine, Mad. Scholz, vom Hoftheater in Rudolstadt, als Gast.
Donnerstag den 27ten: **Belisar.** Heroische Oper in 4 Akten. Musik von Donizetti. Antonina, Mad. Küchenmeister, vom Großherzogth. Hoftheater in Mannheim, als zweite Gastrolle.
Für die Abgebrannten in Rosenberg gingen außer den bereits angezeigten 23 Rthlr. 15 Sgr. ferner bei uns ein:
Von F. W. 10 Sgr., von T. Br. für die Armen 2 Rthlr., von C. M. 20 Sgr., von A. D. P. 1 Rthlr., in Summa 27 Rthlr. 15 Sgr.
Breslau den 25. August 1846.
Expedition der Schlesischen Zeitung.

Die nächste monatliche Conferenz der Georg v. Giesche'schen Repräsentanten findet den 1. September c. statt.
In Liebich's Garten
Heute den 26ten d. M. bei der Anwesenheit unserer lieben Nachbarn, der geehrten Bürger Freiburgs,
Festessen,
wobei von 12 Uhr ab: Großes **Instrumental-Concert**
und Abends Brillant-Belichtung des Gartens. Das Couvert 6 Sgr., Entree pro Person 1 Sgr.
Fürstengarten.
Mittwoch den 26. August:
Großes Militair-Horn-Concert.

Subhastations-Patent.
Die sub No. 38 zu Januschkowicz gelegene Freistelle, so wie die dazu gehörige sub No. 98 dafelbst gelegene Erbpachtparcelle zusammen geschätzt auf 6909 Rthlr. 28 Sgr. 4 Pf. sollen in termino den 26. November c. auf dem Rathhause zu Beschnitz subhastirt werden. Rare und Hypothekenschein sind in unserer Registratur einzusehen. Gleichzeitg werden alle unbekannten Realprätendenten hierdurch aufgefordert, ihre Forderungen in dem anberaumten Termine anzumelden, widrigenfalls sie mit ihren Real-Ansprüchen auf die besagten Grundstücke präcluidirt und ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden wird.
Gr.-Strehlitz den 17. Mai 1846.
Königl. Land- und Stadtgericht.

